

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

71 (25.3.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Toll und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 A ohne Zustellung. Einzel- u. Preis 10 A, Samstag 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Kolonietzelle 20 A, auswärts 25 A. Reflektoren 80 A. Annahmestunde 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Angelegenheit Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Der Dolchstößler Jarres gegen die Einheit Deutschlands

Dr. Marx über die Pläne, einen selbständigen Rheinstaat zu schaffen

Wien, 24. März. Vor geladenen Gästen des Rheinlands und Westfalens sprach heute abend Reichstagsabg. Dr. Marx über die außen- und innenpolitische Bedeutung der Wahl des neuen Reichspräsidenten. Er führte u. a. aus: Ich glaube an die Verwirklichung der von mir stets erbetenen Volksgemeinschaft, die schon die konstitutionelle Pflicht macht. Es ist unsere große Aufgabe, dem demokratischen Staat, den uns die Weimarer Verfassung gegeben hat, einen wahrhaften deutschen Inhalt und deutschen Geist zu geben. Wir stehen erst am Anfang des Weges zum wahren Volksstaat. Kein Volk hat je in der Geschichte vor einer so schweren Aufgabe gestanden, als das deutsche Volk, das gegen eine Welt von Feinden sich ein neues Haus bauen mußte. Die Form des neuen Staates ist die Republik; als Reichsflagge trägt sie die alten deutschen Farben schwarz-rot-gold. Der neue deutsche Staat und die neue deutsche Flagge wollen keine Verleumdung und Verkennung des Reiches und der Flagge von 1871 sein. Beide Flaggen sind Sinnbilder und Hoffnungen, die sich nicht bekämpfen, sondern ergänzen sollen. In schwarz-rot-gold erhebt sich nach Deutschlands Zusammenbruch unsere Hoffnung auf Deutschlands Zukunft und auf Großdeutschland, in dem all die Millionen deutscher Brüder vereinigt werden sollen, die nach außerhalb unserer Grenzen vertrieben worden sind, die nach außerhalb unserer Grenzen vertrieben worden sind.

wäre das deutsche Rheinland einfach eine französische Kolonie geworden und die wirtschaftliche Kraft des übrigen Deutschland endgültig gebrochen gewesen. Daran haben, das steht nunmehr außer jedem Zweifel, speziell die Kreise gearbeitet, die heute hinter der Kandidatur Jarres stehen, sie fördern und finanzieren. Und an diesen Treibern war Herr Dr. Jarres in hohem Maße beteiligt — er war sogar einer der tonangebenden Leute bei dem Beginnen, das mit der Zerstückelung Deutschlands enden mußte, wenn die Treibern der Jarres und seiner schwarz-weiß-roten Bundesgenossen nicht ungeschädlich gemacht worden wären. Und ein solches Verhalten ist höchst schmerzhaft. Die Wahl Dr. Jarres ist schon vom wirklichen nationalen Standpunkt aus unmöglich.

Dr. Jarres wird immer mehr entlarvt

Die Jarresparteien bieten Geld in Hülle und Fülle an — Die Schwindelpropaganda für Jarres

Berlin, 25. März. (Eia. Funkdienst.) Die „eitelste“ Kampfesweise der Jarresparteien erreicht jetzt bereits ihren Höhepunkt. Am Dienstag hat Jarres sich von ehrenhaften rheinischen Männern lassen lassen müssen, daß er jetzt schon seit 8 Tagen im Lande herumreist und überall die Unwahrheit sagt, während Genosse Meerfeld den gleichen Jarres an ein sehr interessantes Dokument mit seiner Unterschrift erinnerte, auf das — wie Meerfeld wörtlich laut — „ein weißerjäger Gelehrter den Vorwurf einer Landesverräterei in Sandlungen“ anwenden könnte. Was aber verächtlich die Reichspresse von all diesen Wahrheiten, die Herrn Jarres, dem Verfassungsverfälscher, in diesen Tagen ins Gesicht geschleudert wurden? Nichts! Und soweit sie den Erklärungen des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer mit 10 oder 15 Zeilen Raum gibt, sind die Angaben absichtlich einseitig und unter verlogenen Titeln wiedergegeben. Diese Art der Kampfesweise paßt zweifellos für die Wähler, die heute gleichgültig einen „Aufbruch für die Reinigung des öffentlichen Lebens“ wiedergeben. Moralisch defekte Subjekte wie Herr Klotz sind natürlich die Anführer in diesem Kampfe. Wie dieser Kampf geführt wird, hat Hitler in diesen Tagen bewiesen durch die Bekämpfung, daß ihm die Herren des Reichsbundes von Berlin aus so viel Geld angeboten haben, wie er wollte. Ist es nicht Gefährlich, das sich trotzdem mit einem Aufbruch für „Reinigung des öffentlichen Lebens“ an die Öffentlichkeit wagt?

Jarres, rheinische Demokraten und Loslösungsbestrebungen

Der demokratische Parteiführer, Landtagsabg. Hoff, erläßt eine Erklärung, in der er u. a. ausführt, daß die von Jarres und der ihm nahestehenden Presse gemachten Behauptungen ihn zu einer Erwiderung nötigen, insbesondere zu der von Jarres in seiner Hamburger Rede getanen Behauptung, daß im Herbst 1923 maßgebende Führer der Rheinischen Demokratie und der rheinischen Demokratie als den einzigen Lösungsweg Verhandlungen mit dem Feinde vorgeschlagen hätten, bei denen die Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich preisgegeben und ein selbständiger Staat außerhalb des Reiches vertragmäßig zustande kommen sollte. Diese Behauptung ist falsch, soweit sie für die Demokratie in Betracht komme, stelle eine unwahre Behauptung dar. Niemand würde die rheinische Demokratie solche Führer in ihren Reihen gebildet haben. Dr. Jarres werde nicht umhin können, zu sagen von wem, wo und wann und in welcher Form diese Behauptungen getan sein sollen. Wer ihn (Hoff) oder seine Arbeiter kenne, der wisse, daß es falsch sei, daß er sich für die Loslösung des Rheinlandes und Verständigung mit dem Feinde ausgesprochen haben soll. Wie ihm gesagt worden sei, gründeten sich die gegen ihn gerichteten Angriffe auf seine Stellungnahme bei der Tagung zu Darmen und Sagen am 24. Oktober 1923. Bei dieser Gelegenheit habe er den bestimmten Vorschlag des Professors Dr. Molkenhauer, ein Direktorium zu gründen, und ebenso die verschiedenen Darlegungen des Oberbürgermeisters Adenauer nicht bestritten. Er habe vielmehr erklärt, daß er zu einer Loslösung des besetzten Gebietes seine Zustimmung unter dem Druck der Delegationen erzwungen werden würden, so müsse man sie tragen, aber die Bevölkerung des besetzten Gebietes dürfe selbst keine Schritte tun, die zu einer staatsrechtlichen Handlung führen könnten. Es könne dahin gestellt bleiben, ob später vielleicht einmal der jetzt nicht vorgelegene Fall eintreten könne, daß Verhandlungen in Betracht gezogen werden müßten, in denen diese Fälle als gegeben anzuerkennen wären. Für die Gegenwart habe er solche Verhandlungen abgelehnt. Am folgenden Tage habe er auch in Gegenwart des Reichstagsabg. Stresemann einem seiner Freunde erklärt, daß er sich nur der Gewalt füge.

Jarres als Plaghalter der Monarchie

In einer Wahlversammlung des sogenannten Reichsbundes in Dresden hielt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bergwerfendirektor Bock (Samburg) eine Rede, in der er die Lage aus dem Saale ließ. Er erklärte u. a., ein Reichspräsident könne uns nicht in die Höhe führen, deshalb brauchen wir einen Kaiser. Diese immerhin bemerkenswerte Aeußerung ist in dem Bericht der deutschnationalen „Dresdener Nachrichten“ unterdrückt worden.

Das Sicherheitsangebot der Stresemänner und die Deutschnationalen

Anerkennung des Friedensvertrages — Verzicht auf Elsas-Vorbringen

London, 25. März. (Eia. Funkdienst.) Am Dienstag fand im Unterhaus die große Debatte über das Genfer Protokoll und den deutschen Sicherheitsvorschlag statt. Die Debatte wurde von Henderson eingeleitet, der im vorigen Jahr mit MacDonald und weiteren 47 Vertretern anderer Staaten die Zustimmung zum Genfer Protokoll gab. Henderson führte insbesondere Beschwerde darüber, daß Chamberlain in Genf den Todesstoß gegen das Protokoll geführt habe, noch bevor es überhaupt dem Parlament vorlag. Chamberlain antwortete auf die Erklärungen des Oppositionsredners in sehr ausführlicher Form. Als er auf den Sicherheitsvorschlag zu sprechen kam, wurden ihm von Lord George folgende Fragen gestellt: „Ist es richtig, daß sich Deutschland bereit erklärt hat, seine jetzigen Westgrenzen freiwillig anzuerkennen und das Deutschland keine nochmalige Prüfung oder Abänderung dieser Grenzen verlange? Ist es richtig, daß Deutschland dieselben Erklärungen in Bezug auf den Osten gibt, oder ist diese Frage Schiedsgerichtsverhandlungen unterworfen?“

Chamberlain antwortete darauf: „Lord George hat mich richtig verstanden. Deutschland ist bereit, alle Wünsche nach Abänderung dieser Grenzen aufzugeben und einen gegenseitigen Garantievertrag über ihren jetzigen Zustand abzuschließen. Es schließt nicht vor, daß seine Grenzen das Thema solcher Schiedsgerichtsverträge sein sollen. Es ist bereit in der Erklärung, daß es den Gedanken aufweist, die östlichen Grenzen durch kriegerische Maßnahmen zu ändern, aber Deutschland ist nicht bereit, zu erklären, daß es jede Hoffnung aufgeben wird, jemals die östlichen Grenzen durch freundschaftliche Verhandlungen auf diplomatischem Wege oder durch die Vermittlung des Völkerbundes an gewissen Punkten zu ändern. Deutschland hat die genau umschriebenen Vorschläge keineswegs an bestimmte Bedingungen wegen der Räumung der Kölner Zone oder an eine Abtätigung der Befestigungsarbeiten des Rheinlandes gebunden.“

Was sagen unsere Deutschnationalen zu dieser „Politik der Schwäche“? Was sagen sie zu der völligen Preisgabe Elsas-Vorbringen und der ausdrücklichen Anerkennung des Versailles Vertrages durch die Reichsregierung mit deutschnationalen Ministern? Der Vorschlag des Herrn Stresemann, wie er von Chamberlain umschrieben wurde, bedeutet nichts anderes als die Wiederholung der Anerkennung des Versailles Vertrages. Die Männer der politischen Tat sind also schon nach 2 1/2 Monaten außenpolitisch bei der „politischen Schwäche“ angelangt. Wenn das so weiter geht, kann die Geschichte gut werden.

Die Regierungsbildung in Hessen

Ulrich wieder Staatspräsident

Darmstadt, 24. März. Der Hessische Landtag ist heute zur Regierungsbildung zusammengetreten. Zu Beginn der Sitzung gab die Präsidentin Adlung in einer Ansprache der 40-jährigen Zugehörigkeit des Staatspräsidenten Ulrich als Abgeordneter zum Hessischen Landtag, der damit wohl das mandatsstärkste Mitglied der deutschen Landesparlamente überhaupt ist. Nach Erledigung kleiner Anfragen wurde zur Staatspräsidentenwahl geschritten. Von der Koalition wurde der bisherige Staatspräsident Ulrich, vom Rechtsblock der Bauernbündler Dr. v. Helmolt und von den Kommunisten Dr. Greiner vorgeschlagen. Es erhielten Ulrich 39, v. Helmolt 20, Dr. Greiner 4 Stimmen. Zwei Zettel waren weiß. Abgeordneter Ulrich nahm die Wahl an und berief sodann die eitherrigen Minister v. Brentano (3.) für Inneres und Stellvertretung des Staatspräsidenten, Herzig (D.) für Finanzen und Raab (S.) für Arbeit und Wirtschaft. Für die Parteien der Rechten gab Abg. Dingeldey eine Erklärung ab, die die Regierung in schärfster Form das Mißtrauen ausspricht, schärfsten Kampf ansatz und die Verbeiführung der Landtagsauflösung durch Volksabstimmung ankündigt. Der Kommunist Galm gab eine ähnliche Erklärung gegen die Regierung ab. Danach sprach das Haus mit den Stimmen der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten der Regierung das, non der Verfassung vorgeschriebene Vertrauen aus.

Oberbürgermeister Adenauer gegen Jarres und über die Rheinlandpolitik

Wien, 25. März. Oberbürgermeister Adenauer behandelte gestern im Anschluß an die Rede Marx die von Dr. Jarres gegen das rheinische Zentrum und die rheinischen Demokraten erhobenen Angriffe, wobei er die von Jarres seinerzeit vertretene Theorie als eine Politik, wenn nicht der Verfassung, so doch der gewalttätigen Loslösung bezeichnet. Er, Adenauer, habe sich gegen diese Politik verwahrt, da hierdurch das besetzte Gebiet von Reich und von Preußen getrennt und zur französischen Kolonie werden würde. Weder der Abg. Saus noch Dr. Hoff hätten Vorschläge zum Ausschleiden des Rheinlandes aus dem Reichsbereich gemacht. Adenauer setzte hinzu, er werde nur unter dem äußersten Zwang auf diese Angelegenheit zurückkommen. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung später einmal die ganzen Vorgänge der Geschichte übergeben wird. Dann werde man erfahren, daß die Vertreter der rheinischen Parteien das Reichsbild nicht bekräftigen haben, von der eingeschlagenen Politik abzugehen. Wäre sie durchgeführt worden, so würde man heute die Rheinlande nicht mehr im Reichsbereich finden. Dem nachfolger Stresemanns, Marx, müsse man dankbar dafür sein, daß er die letzten Reize der Politik des früheren Kabinetts beiseite ließ.

Sowohl die Andeutungen des Herrn Dr. Marx, besonders aber die Darlegungen des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer eröffnen tiefe Einblicke in die „nationalen“ Treibereien im Rheinlande, die mit einer Loslösung der Rheinlande vom Reich geendet haben würden, wenn nicht kraftvoller Widerstand geleistet worden wäre. Hätten diese Treibereien zum Erfolg geführt,

Ein Volltreffer

Die Veröffentlichung der Dokumente, die Herrn Jarres der Reichspräsidentenwahl und der vollenbedeutenden Freigabe der Rheinlande überführt, hat im Jarres-Blod eine unbeschreibliche Verwirrung ausgelöst. Die Wirkung ist so stark, daß die gesamte Reichspresse ihre Tätigkeit aufzuheben und bezweifelnde Gegenstücke zu machen versucht. Der „Deutscher Lokalanzeiger“ versucht sich in seinem Kandidaten mit Vorschlag zu dienen, indem er die damalige wahnwitzige Politik des Herrn Dr. Jarres als große nationale Tat zu feiern versucht. Die „Deutsche Tageszeitung“ dagegen ist so erschlagen, daß sie die Echtheit der Dokumente abzuleugnen versucht. Die erste Lektüre ist so verfehlt wie die andere. Die Echtheit der Dokumente steht fest, und sicher ist für jeden Menschen mit normaler Verstand, daß die damalige Politik des jetzigen Kandidaten der Reichspräsidentenwahl zum automatischen Verlust der Rheinlande geführt haben würde. Wenn jetzt Herr Dr. Jarres und seine Freunde diese damalige Politik noch zu verteidigen versuchen, so machen sie die Situation für sich nur noch schlimmer. Denn dann bekunden sie, daß sie auch jetzt noch kein Bedauern über den Verlust des Rheinlandes aufzubringen vermögen.

Wenn die Reichspresse versucht, die Jarres'sche Politik noch immer zu verteidigen, so muß man Herrn Stresemann gegen seinen Präsidentschaftskandidaten aufmarschieren lassen. Stresemann wußte ganz genau, welche verheerenden Folgen die Politik des Herrn Jarres für die Westgebiete mit sich bringen würde. Schon am 3. Februar 1924 hat er in einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei zu Stettin den Versatzungsmitgliedern vorgetragen, daß ihre Politik auf Kosten der schwergeprüften Rheinländer gegangen wäre:

„Diese Bevölkerung hat in den Nachkriegsjahren Ungeheures erdulden müssen. Sie weiß ganz genau, daß der Feind sich an ihr schändlich gehalten wird, wenn Deutschland die Bezahlung der Reparationskosten einstellt. Dann werden die Kasernen der Städte gesäubert, und wie Frauen überzogen sein, daß man sich auch an dem Mobiliar der besten Gebiete vergräbt. Deshalb sind auch alle Parteien der besten Gebiete bei der Regierung verflochten geworden, ihnen diese Reiben zu ersparen.“

Alle alle Parteien des Rheinlandes, auch die Deutschnationalen, haben sich nach dem Zeugnis des Herrn Stresemann gegen die Jarres'sche Verfassungspolitik gewandt. Nur die Deutschnationalen, die weit vom Schulle sind, glaubten sich diese das Rheinland verheerende und vernichtende Politik leisten zu können. Auch in jener Sitzung in der Reichslanzlei, als Jarres den Kriegszustand mit Frankreich forderte, hat sich kein verantwortlicher Führer für seine Politik erhoben. Wegen ihn hat Stresemann gesprochen, gegen ihn der Führer des rheinischen Unternehmertums Dr. Hagen, gegen ihn die Vertreter der freien Gewerkschaften, der Christlichen Gewerkschaften und der Kirchlichen Organisationen und Behörden aus dem besetzten Gebiet. Es ist also freie Phantasie, zu behaupten, daß die Jarres'schen Verfassungspläne im Rheinland selbst irgendein Widerhall gefunden hätten.

In das Gebiet dreier nationalstiller Verleumdungen fallen auch die etwas verächtlich aufgestellten Behauptungen, daß die Sozialdemokratie den passiven Widerstand sabotiert habe. Wenn Herr Jarres ein Ritter der Wahrheit ist, wie er sich ausgiebt, so muß er aufstehen und muß für den nationalen Widerstandswillen der rheinischen Sozialdemokratie zeugen. Es gibt im Rheinland nur eine Partei, deren Führe im Kampf gegen die Rheinische Republik und legalen Separatismus nie auch nur eine Stunde geschwänzt hat, und das ist die Sozialdemokratie! Auch da wieder schreit sich Stresemann gegen die Bligen seiner jetzigen Freunde. In einem Aufsatze der „Zeit“ vom 21. Juli 1923, also am Ende des passiven Widerstandes, hat Stresemann unserer Partei bezeugt:

„Die Massen, die zur Sozialdemokratie stehen, haben an der Ruhr und in Oberpfalz, wie in Ostpreußen und Schleswig-Holstein, bewiesen, daß sie ein Vaterland haben, sind in allen Bestimmungen für ihre deutsche Art und deutsche Bestimmung eingetreten, sind heute mit einer der stärksten Faktoren gegen den Gedanken einer Rheinischen Republik.“

Die Verjüde der Reichspresse, die Verdienste der rheinischen Arbeitermassen um die Erhaltung der Rheinlande als deutsches Gebiet herabzuwürdigen, sind einfach lächerlich, wenn man weiß, daß die Deutschnationalen erst recht die Deutschsozialisten an Rhein und Ruhr keinerlei Bedeutung haben. Nur durch die großen Organisationen des Zentrums und der Sozialdemokratie sind Rhein und Ruhr in der Vergangenheit gehalten worden und werden sie auch in Zukunft gehalten werden. Nicht die deutschnationalen Zeitungsredakteure, die seit Jahren nur in nationalen Phrasen schwelgen, sondern die gewerkschaftlichen Arbeiter aller Stellungen im Ruhrland und im Rheinland haben mit ihren Käuffen die Separatisten niedergeschlagen. Auch hier wieder liegt das Zeugnis des Protektors des Herrn Jarres, nämlich des Herrn Stresemann, vor, der in den wüsten Oktobertagen 1923, als Jarres die Rheinlande preisgeben wollte, den Freigewerkschaftlern nachsah ein Danktelegramm sandte für die Befreiung des Raugener Rathauses durch die Marxisten.

Es steht also fest, auch nach dem Zeugnis Stresemanns: Die Politik des Herrn Jarres hätte zu den schwersten Verwüstungen der Rheinlande geführt zur Plünderung der Kasernen der Städte und des Eigentums der Bürger, zur vollenbedeutenden Anarchie — denn damals schon hatten die Separatisten zahlreich Gebäude besetzt — zur Auflösung des für die deutsche Wirtschaft entscheidenden rheinisch-westfälischen Industriegebietes und damit zur Zerrückung des Reiches, denn auch von Bayern her schlugen ja damals die Flammen in das Reichsgebäude. Jarres selbst traut ja in den veröffentlichten Dokumenten der damaligen hohereichen Regierung zu, daß sie sich von Reich lösen würde. — Kein Wunder, nichts wird diese Tatsache erschüttern; Jarres und seine behängnisvolle Politik sind gesichert an dem Willen der Sozialdemokratie und an dem Willen der sozialdemokratischen Massen.

Stresemann am Gängelbände der Deutschnationalen

Am Samstag bzw. Sonntag drohte das Regierungsgebilde, dessen Vater sich Stresemann nennt, zu zerfallen. Aber schon am Sonntagabend gegen 9 Uhr war wieder alles in Butter. Stresemann und Westarp lagen sich wieder in den Armen und schworen sich gegenseitige Treue, wenigstens bis zum 29. März oder, wenn es notwendig ist, auch bis zum 26. April. Die „Deutsche Zeitung“ gibt Auskunft über den Grund dieser wiedererstandenen Freundschaft, indem sie folgendes schreibt:

„Soweit wir unterrichtet sind, ist auch die Reichsregierung nicht durchaus bereit, dem vaterländischen Verlangen in weitem Maße Rechnung zu tragen, sodas gegenwärtig folgenreiche Zwischenfälle überhaupt nicht zu befürchten sind.“

Ist das richtig, dann beabsichtigt also Herr Stresemann jetzt, gegen seine Ueberzeugung die Politik der Leute zu machen, nach deren Auffassung er gestern noch vor den Staatsgerichtshof gehörte. Er will also den Weg der Verständigungspolitik verlassen und sich auf die Fährten des Alldeutschen Verbandes begeben, dessen Mitglieder restlos dem völkischen Flügel der Deutschnationalen Partei angehören. Vorgestern noch stellte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Herr Claß in Dresden fest, daß Stresemann das Recht verwirrt hat, an der Leitung der auswärtigen Geschäfte belassen zu werden und forderte schließlich: Fort mit einem solchen Minister! Herr Stresemann gehört vor den Staatsgerichtshof, damit er sich wegen seines Trevels verantwortet.

Wer hat nun Recht und wer ist charakterlos? Ist es richtig, daß der Reichsminister des Auswärtigen, der noch vor 24 Stunden nach der Auffassung der Alldeutschen vor den Staatsgerichtshof gehörte, jetzt dem „vaterländischen Verlangen“ nach der Auffassung der „Deutschen Zeitung“ Rechnung tragen will oder sind die Alldeutschen innerhalb 24 Stunden umgefallen? Das eine wie das andere ist u. G. charakterlos und würdelos. Ein Mann, der heute wieder mit den Leuten zusammenarbeitet, die ihn tags zuvor vor den Staatsgerichtshof stellen wollten, kann weder das Vertrauen des Inlandes noch Auslandes besitzen und ein Verband, dessen Vorsitzender „Fort mit Stresemann!“ ruft, und dann in unmittelbarer Folge in ihn das Vertrauen setzt, daß er dem „vaterländischen Verlangen“ in weitestem Maße Rechnung trägt, muß für die öffentliche Meinung erledigt sein.

Wir können uns nicht vorstellen, daß das eine u. d. das andere zutrifft. Entweder fällt unser Vornur nur auf Herrn Stresemann oder aber die „Deutsche Zeitung“ hat gelogen. Was ist nun richtig?

Von unterrichteter Seite erfahren wir: Die am Sonntag zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsaussenminister und maßgebenden Vertretern der deutschnationalen Fraktion geführten Verhandlungen haben keineswegs, wie es die „Zeit am Montag“ darzustellen versucht, zu einer Ver-

ständigung über die künftige Außenpolitik der Regierung Luther geführt. Die Verhandlungen haben lediglich das Ergebnis gehabt, daß die Deutschnationalen vorläufig Herrn Stresemann nicht mehr angreifen, während Stresemann die außenpolitische Aktion bis auf weiteres im positiven Sinne nicht fortsetzen wird. Dieses Abkommen, das im Grunde genommen auf einen Waffenstillstand innerhalb der Regierungskoalition hinausläuft, hat Geltung bis zum Abschluß der Reichspräsidentenwahl. Es wurde vereinbart, da eine Einigung auf der Grundlage der jetzigen Außenpolitik des Herrn Stresemann nicht möglich war, während ohne den Waffenstillstand der Reichsblod für Jarres schon jetzt auseinandergefallen wäre.

Diese Meldung, die wir von gut unterrichteter Seite erhalten haben, zeigt, daß es tatsächlich im Jarres-Blod tracht! Nur der Umstand, daß der Reichsblod für den Fall einer tatsächlichen Krise auseinanderzufallen drohe, hat den offenen Kampf bisher vermindert. Man will möglichst erst Herrn Jarres durchs Ziel führen. Das ist vor allen Dingen der Wunsch der Deutschnationalen, die auf den Verhandlungspolitiker, der sich selbst den „Mann der Tat“ nennt, große Hoffnungen setzen.

Jarres, der Kandidat der wirtschaftlichen und politischen Reaktion

Der Wahlfonds des Reichsblods für den Verfassungspolitiker Jarres ist inzwischen auf weit über 4 Millionen Mark angewachsen. Man sieht, die Herren der Schwerindustrie und die Agrarier lassen sich die Gefährdung etwas kosten und damit aesehen sie am besten, wer Dr. Jarres ist. Er ist der ausgesprochene Vertreter des Besten, der Mann des sozialen Rückschritts, ein ausgesprochener Reaktionsär.

Aber es gab Zeiten, wo Jarres auch einmal anders gekannt hat und wo er mit den Machthabern auf der Linken in starkem Maße sympathisierte. Wir erinnern daran, weil sich der Verfassungspolitiker und Kandidat der Rechten am Sonntag in Hannover in die Pose einer entrüsteten Erscheinung geworfen und über diejenige das Verdammungsurteil gesprochen hat, die Ende 1918, als die Hohenzollern wie die Hasen davonliefen und alles im Stich ließen, die Führung des Volkes übernahmen. Rühmlich ist Herr Jarres der Meinung, daß damals die Umwälzung von innen heraus erfolgte, während er noch 1919 mit Schimpf und Schande im engeren Kreise über die flüchtigen Hohenzollern gesprochen hat und ihr Verhalten in Grund und Boden verdammt. Heute ist ihm die Vergangenheit heilig, heute schwört er schwarz-weiß-rot, und damals? Von diesem Heiligtum der Vergangenheit war bei Herrn Jarres damals genau so schwarz-rot-gold für sein Volkstum erklärt, wie er das heute mit schwarz-weiß-rot macht, und wir sind überzeugt, daß Jarres auch noch einmal die Machthaber auf der Linken anbeilen wird, wenn er nicht Reichspräsident wird und sich in Duisburg mit dem Amt des Oberbürgermeisters weiterhin zufriedengeben muß. Er ist nicht nur Verfassungspolitiker, sondern auch Konjunkturpolitiker, er kann und so und kann so, er hat jahrelang die Zähne nach dem Winde getragen

und wird, wenn es darauf ankommt, eines Tages auch wieder einmal anders können, als es heute der Fall ist.

III das sagt der Reichsblod zur Unterdrückung der Wahrheit und zum Betrug des Volkes natürlich nicht. Er hat bis heute 297 Flugblätter von dem Gelde der Schwerindustrie und der Agrarier drucken lassen und dürfte, wenn wir richtig informiert sind, in diesen Tagen nochmals 50 besondere Flugblätter in einer Auflage von vielen Millionen mit dem ältesten und neuesten Schwindel der Öffentlichkeit zum Besten geben. Nur die Wahrheit wird das deutsche Volk durch diesen Reichsblod nicht erfahren und trotzdem bleibt Jarres ein Verfassung- und Konjunkturpolitiker.

Präsident oder Statthalter!

Wegen den Willen der heutigen Deutschnationalen hat sich das deutsche Volk im November 1918 sein Selbstbestimmungsrecht genommen. Es hat den Kaiser und alle Landesfürsten, die es in den Krieg getrieben haben, ihrer Macht entkleidet. Es hat den Frauen das Recht gegeben, zu ihrem Teil auf die politischen Geschäfte unseres Landes einzuwirken. Es hat der deutschen Republik eine Verfassung gegeben, in deren erstem Artikel steht: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Eine solche Macht legt dem Volke auch Verpflichtungen auf. Verpflichtungen, die es sich selbst und der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen hat. Ein Recht, das vom Volke errungen wurde, darf nicht leichtfertig preisgegeben werden. Eine Republik, um die Arbeiterblut geflossen ist, muß jedem Arbeiter und jeder Arbeiterfrau heilig sein. Heute haben wir nicht notwendig, die deutsche Republik mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, wie das vor fünf Jahren im Kampfbuch und bei anderen Gelegenheiten geschehen ist. Und doch wird die Entscheidung, die bei der Präsidentschaftswahl am 29. März fällt, aller mitbestimmend sein für das Geschick der deutschen Republik.

Die rechtstehenden Parteien sind monarchistisch. Sie wollen den breiten Wählermassen das Recht der Wahlbestimmung der deutschen Politik entziehen. Sie glauben, daß ein Monarch, der in vielen die gleichen Interessen hat wie sie selbst, leichter nach ihrer Feste tanzen wird, wie vierzig Millionen Wähler und Wählerinnen.

Wenn die Rechte in diesen Tagen so eifrig bestrebt ist, einen der ihrigen an die Spitze der Deutschen Republik zu bringen, so geschieht das vor allem, weil sie so eine Rechtsposition mehr zu erringen hofft zur Bekämpfung der Deutschen Republik. Denn innen heraus soll unsere Verfassung unterhöhlt werden. Der Präsident der Reichsparteien soll die höchste Stelle im Reich einnehmen, als Statthalter einer Monarchie, die kommen wird, wenn sich die Rechten stark genug dazu fühlen.

Die Frauen, die erst in der Republik zu gleichberechtigten Bürgerinnen geworden sind, werden ihre Dankeschuld an diese Republik abtragen müssen, indem sie am 29. März geschlossen gegen den Reichskandidaten, den Statthalter der Monarchie, stimmen. Alle republikanischen Frauen wählen den Kandidaten unserer Partei, den Genossen Otto Braun!

Die Sozialdemokratie erkämpfte die Republik. Die Sozialdemokratie gab den Frauen das Wahlrecht. Die Sozialdemokratie stellte den ersten Reichspräsidenten. Die Sozialdemokratie fordert auf zur Wahl von Otto Braun.

Wen wählt die Frau?

Der Wachstums der Deutschnationalen im Reichstag ist zu einem wesentlichen Teil auf die Stimmen der Frauen zurückzuführen. Das deutschnationalen Wahlverprechen der Aufwertung aller Volkselemente hat besonders auf die Frauen sehr stark gewirkt. Der Wahlausgang vom 7. Dezember hat den Deutschnationalen die erhoffte Reichsregierung gebracht. Heute hätten die Deutschnationalen die Macht, ihre Wahlverprechen einzulösen.

Was haben sie hat dessen getan? Die Forderungen zur Regelung der Aufwertungsfrage haben sie zunächst verschleppt. Als dann die Sozialdemokratie im Reichstag einen Gesetzentwurf aufgriff, den die Deutschnationalen früher selbst eingebracht haben, blinnten sie jetzt gegen ihren eigenen früheren Antrag zur Aufwertung.

Die Interessen der Großgrundbesitzer und der Industriellen, die Nutznieher der Geldentwertung waren, wirken in dieser Partei stärker als alle Wahlverprechen. Diese Interessen werden so stark, daß die Rechte nicht nur das den Arbeiter- und Mittelstandswählern gegebene Aufwertungsverprechen brach. Sie hat diese Kreise auch noch präventiv, indem sie den Großindustriellen an der Ruhr für längst ausgeglichene Schäden einen Betrag von 700 Goldmillionen zuschante. Dieser Betrag muß gedeckt werden aus den Mitteln der Steuerzahler. 70 Prozent aller Steuern werden von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht; aber sie müssen mehr Steuern zahlen, damit die Berg- und Industrieherren an der Ruhr Millionen untereinander verteilen können.

Nach einer solchen Demaskierung der Rechten darf keine denkende Frau mehr ihre Stimme einem Kandidaten geben, der von den Deutschnationalen aufgestellt wird. Die Präsidentschaftswahl am 29. März wird von den enttäuschten Wählern und Wählerinnen der Deutschnationalen als eine willkommene Gelegenheit zur Abrechnung erwartet. Alle Stimmen gehören an diesem Tage dem Kandidaten der Sozialdemokratie, der würdig und gerecht sein hohes Amt verwaltet wird, wie Gert es tat!

Wählt Otto Braun!

Die Kommunisten und die Präsidentschaftswahl

In kommunistischen Funktionärskreisen ist wiederholt von führenden deutschen Kommunisten erklärt worden, daß es bei der Präsidentschaftswahl für die Kommunisten in erster Linie darauf ankomme, die Sozialdemokratie zu schädigen und die Wahl ihres Kandidaten zu verhindern. Im ganzen Reich geben die Kommunisten bereits die Parole aus in den Betrieben, beim 2. Wahlgang für den Kandidaten des Reichsblods zu stimmen. Um diese politische Schamlosigkeit gegen die Arbeiterklasse einzugemäßen zu bemängeln, wird erklärt, wenn der Kandidat der Reaktion gewählt sei, dann wird es möglich sein, eine oppositionelle Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunisten herzustellen, und dann habe man die Sozialdemokratie da, wohin sie gebracht werden soll: nämlich in die Stellung einer von den Kommunisten entscheidend beeinflussten Oppositionspartei.

Daß die Kommunisten die Reaktionsparteien und ihren Kandidaten unterstützen, daran sind Zweifel nach dem bis-

berigen Verhalten der Kommunisten nicht mehr erlaubt. Aber wenn es in der Tat kommunistische Arbeiter geben sollte, die auf den blödsinnigen Schwindel hereinfallen, durch die Wahl des Reichslandtags werden eine gemeinsame sozialdemokratisch-kommunistische Oppositionsliste hergestellt, so sei diesen Leuten klar und bündig gesagt: eine solche gemeinsame Oppositionsliste wird niemals eintreten. Wenn die Sozialdemokratie sich einfallen ließe, irgendwie mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen, dann wäre die deutsche Sozialdemokratie erledigt, denn ein solches Faktieren mit den Kommunisten würde und müßte die Sozialdemokratie politisch und moralisch berart schädigen, daß sie sich als Partei nicht mehr behaupten könnte. Mit aller Deutlichkeit sei deshalb hier gesagt, daß keine verantwortliche Stelle in der deutschen Sozialdemokratie an eine solche gemeinsame Oppositionsliste denkt, vielmehr der Kampf gegen die Kommunisten mit aller Schärfe aufgenommen werden muß, ungeachtet des Umstandes, daß die Sozialdemokratie sich in der Opposition gegen die heutige Regierung befindet. Wo immer in den Betrieben die Kommunisten die ihnen von Berlin aufgegebenen Wahlparolen propagieren, müssen ihnen unsere Genossen scharf entgegenzutreten und den kommunistischen Schwindel entlarven.

Sozialistischer Wahlsieg in Zeitz

Ein verheißungsvoller Ausfall zur Reichspräsidentenwahl. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Zeitz erhielten am 4. Mai 1924 die Bürgerlichen und die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Linke von den 36 Sitzen je die Hälfte. Entsprechend den von der SPD-Zentrale an ihre Anhänger herausgegebenen Anweisungen verholten die kommunistischen Stadtverordneten bei der Wahl des Vorstehers der Bürgerlichen zum Siege, so daß diese mit der Stimme des Vorstehers in den Sitzungen stets die Oberhand hatten. Von diesem unerbittlichen Übergewicht machte die bürgerliche Mehrheit nicht nur in Kultur- und sozialen Fragen, sondern vor allem bei den Abbaumaßnahmen den rücksichtslosesten Gebrauch.

Am Sonntag erfolgte nach einem beispiellos scharfen Wahlkampf die Neuwahl der Zeitzer Stadtverordnetenversammlung. Von etwa 22 000 Wahlberechtigten machten 85 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch oder 10 Prozent weniger als bei den Wahlen am 4. Mai vorigen Jahres. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 7730 Stimmen gegen 6746 bei der Stadtverordnetenwahl vom 4. Mai. Die SPD erhielt 2277 gegen 2594 am 4. Mai (Reichstagswahl 3100). Während also die Sozialdemokratische Partei einen ganz erheblichen Stimmenzuwachs sehen kann, hat die SPD — obwohl auch die Anhänger der ehemaligen USPD, die am 4. Mai 350 Stimmen aufbrachten, zum meißten größten Teile für die kommunistische Liste stimmten — einen erheblichen Verlust erlitten. Und das trotz aller gemeinsamer Ausschaltung der belangswerten Vorgänge in Halle. Die bürgerliche Einheitsliste von den Deutschvölkischen bis zu den Demokraten erhielt 9198 Stimmen gegen 9984 am 4. Mai. Am 7. Dezember brachten sie gar 10 298 Stimmen auf. Den 17 bürgerlichen Sitzen stehen 18 sozialistisch-kommunistische gegenüber. Es bleibt abzuwarten, ob die Kommunisten auch in diesem Stadtparlament ihre arbeitserfeindliche Politik fortsetzen und dem Ausbeuterblock das Vortischamt wieder zuschanzen werden.

Anmaßungen fortgejagter Fürsten

Das war schon früher so: Je kleiner die Potentaten, desto größer ihre Gier nach Geld und Besitz. Die Landesfürsten waren ja bekanntlich die größten Landesherrn im alten unheiligen römischen Reich deutscher Nation. Wie ihnen befohlen sich die Engländer das Kanonenerz für ihre Krone in den Kolonien. Sie sind und erhalten geblieben, diese Rimmerfalle, bis auf den heutigen Tag. Sie können sich nie und nimmer mit dem Verlust ihres Thrones abfinden und noch viel weniger mit der Abfindung.

Da ist das kleine Braunschweig, das seit Jahren einen Kampf mit dem abgedantem Welfenherzog Ernst August führt. Von der letzten Einkreisung forderte er beschreiben im „Vergleich“ nur 44 000 Morgen eines Land mit 3 Schloßern, 16 Gebäuden, Forsthäusern usw., ferner Anteil am Landesmuseum und an der berühmten Wolfenbütteler Landesbibliothek. Die alte Einkreisung mochte von dieser Bescheidenheit nichts wissen. Also ließ der Herzog zum Kadi, und Gott sei Dank, es gibt noch Richter — auch in Braunschweig, die der verfolgten und gequälten Unschuld zu ihrem Recht verhelfen. Vor dem 1. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Braunschweig wurde in der letzten Woche über die Klage verhandelt. Natürlich ging der Herzog jetzt sofort über den früheren Vergleichsentscheidungs hinaus. Warum auch nicht? Er hat ja „nur“ 130 000 Mark im Jahr zu verdienen. Das ist doch ein wenig. Kein Wunder, daß der eine Rechtsbeistand des Welfen erklärte, man könne es nicht mehr ruhig ansehen, wie die Familie hungern müsse! Der Vertreter der Landesregierung, Rechtsanwalt Dr. Regensburger, war so dreist, zu behaupten, daß die Einkünfte des Herzogs nur 130 000 M betragen. Schließlich aber habe der Kläger doch tiefe Substanzen, so z. B. eine Gemäldesammlung, in der ein einzelnes Bild bereits über 1 Million Mark wert sei, und dann sei doch auch noch der große Silberkammer des Welfen da, der auf 100 Millionen Goldmark geschätzt werde.

„Wie, was? Eingriff in die heilige Substanz geführter Potentaten? Nein, nein. Bedauerlicherweise mußten schon große Eingriffe gemacht werden; die sind selbstverständlich bei einem Vergleich gebührend zu berücksichtigen. So der Vertreter des gestürzten Welfen. — Es gab dann noch lange juristische Auseinandersetzungen, und das Ende war, daß beide Parteien zunächst einmal verpflichtet wurden, dem Gericht Hinterlagen über ihre Vermögenslage beizubringen. Der Herr Oberlandesgerichtspräsident wies darauf hin, daß hauptsächlich ein Vertrag vom Jahre 1892 zu prüfen sei, und dann warnte er väterlich: Wenn kein Vergleich zustande komme, könne der Prozeß noch zehn Jahre dauern. Unlängst verhängen und im Falle eines Sieges des Herzogs das kleine Braunschweig in einen großen Bankrott führen.

Wie die Wagnung was nützen? Sicherlich nicht. Schon hat der Braunschweiger Landtag eine fast-army-mehrheit Mehrheit, und die wird schon dafür sorgen, daß der Herzog die Taschen vollgepackt bekommt. Wenn Anzeichen der Steuerfurcht werden die Leidtragenden die Schichten des Arbeiters und Mittelstandes sein. Aber was ist da zu machen? Die hormaligen Gemüter, die bei der letzten Wahl in Braunschweig den Schwarz-weiß-rot in den Sattel halfen, werden sich schon damit abfinden müssen, wenn die Abfindung auf ihrem Buckel erfolgt.

Das Kreuz in den ersten Kreis!

Otto Braun Ministerpräsident a. D. und M. d. R. Berlin	<input checked="" type="checkbox"/>
Dr. Heinrich Held Bayerischer Ministerpräsident, München	<input type="checkbox"/>
Dr. Willi Hellpach Bairischer Staatspräsident, Karlsruhe	<input type="checkbox"/>
Dr. Karl Jarres Reichsminister a. D., Oberbürgerm., Duisburg	<input type="checkbox"/>
Erich Ludendorff General der Infanterie a. D., München	<input type="checkbox"/>
Wilhelm Marx Preuß. Ministerpräsident u. M. d. R., Berlin	<input type="checkbox"/>
Ernst Thälmann Transportarbeiter und M. d. R., Hamburg	<input type="checkbox"/>

Der allein gültige Stimmzettel!

Der Kurs gegen die Gemeinden

Immer mehr zeigt sich, daß die finanz- und wirtschaftspolitische Einstellung des Reichsblocks unter dem Einfluß der Privatwirtschaft, namentlich der Volkspartei und der Wirtschaftspartei, einen ausgeprägten gemeindefeindlichen Kurs zur Folge hat. Schon bei der ersten Beratung des Finanzausgleichsgesetzes im Steuerausschuß des Reichstages haben die Herren von der Industrie und Wirtschaft in der unerbittlichsten Weise ihre Meinung gegen die wirtschaftliche Befähigung der Gemeinden Ausdruck gegeben. Die Erledigung des Finanzausgleichs stellt sich vom Standpunkt dieser Kreise aus nicht nur als ein Problem der zureichenden Verteilung von Steuern und Steuerentlastung dar, sondern man hofft bei dieser Gelegenheit auch, den Aktionsradius der Gemeinden nach Möglichkeit einengen zu können. Es herrscht eine ausgeprägte antimunicipale Stimmung. Wie weit diese Feindschaft gegen die Gemeinden geht, zeigt ein Bericht des volkswirtschaftlichen Reichsausschusses, der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. In ihm wird die Reichsregierung ermahnt:

1. in den Reichsverwaltungen die in das Gebiet des gewerblichen Mittelstandes fallenden Arbeiten und Lieferungen, soweit dieselben nicht in beschränktem Umfang, z. B. zur Ausbildung der Angehörigen der Reichswehr, nötig sind, grundsätzlich durch die freien Berufe und woher direkt oder indirekt durch die Verwaltungen selbst ausführen oder unterziehen zu lassen;
2. auf die Länderregierungen entsprechend Ziffer 1 einzuwirken und sie zu ersuchen, auch im Bereiche der Gemeinden die Befreiung unbegründeter Selbstverwaltungsbetriebe zu erstreben;
3. innerhalb von 6 Monaten dem Reichstag eine Uebersicht über die Verteilung der Reichsverwaltungen an gewerblichen Lieferungen und Leistungen als Selbstunternehmer vorzulegen;
4. Regie- oder gemeinnützige Betriebe sind in der Steuererhebung mit denselben Steuern und Abgaben zu belasten wie die Privatbetriebe.

Diese letzte Forderung findet sich bekanntlich bereits in dem Gehelntwurf der Reichsregierung über die gegenseitige Besteuerung des Reichs, der Länder und Gemeinden. Hier wird die bisher bestehende teilweise Steuerfreiheit kommunaler Betriebe grundsätzlich aufgehoben. Mit einer nach außen hin plausible klingenden Begründung wird eine in viele Millionen gehende Erhöhung dieser Besteuerung viel mehr ankommt — der Angriff des Privatkapitals gegen die Gemeindebetriebe systematisch mit politischen Mitteln unterstützt. Krasser kann die Feindschaft des Reichsblocks gegen die Arbeit der Gemeinden nicht zum Ausdruck kommen als in diesen Entschlüssen, die zweifellos von der jetzigen Reichsregierung gern durchgeführt werden.

Deutsch-italienische Handelsvertragsverhandlungen

Nachdem in den letzten Wochen wiederholte Besprechungen im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin mit den deutschen Sachverständigen für Obst, Gemüse und Konserven stattgefunden haben, sind nunmehr die Vorarbeiten soweit vorangeschritten, daß die Sachverständigen auf Dienstag, den 24. März nach Rom betreten sind. Als süddeutscher Sachverständiger wirkt Herr Julius F. A. G., Mitinhaber der hiesigen Konservenfabrik F. A. G., der nunmehr gemeinsam mit dem Embitus der wirtschaftlichen Vereinigung für die Konservenindustrie Deutschlands, Herrn Dr. Sano Wölger, im Auftrag des deutschen Reichsernährungsministeriums nach Rom reisen wird.

Deutschland war schon immer starker Abnehmer Italiens in Obst, Gemüse und Süßwaren. Italien rechnet weiter auf eine starke Abnahme, wenn es andererseits aus Deutschland Eisen, Holzwaren und andere Fertigfabrikate in der Einfuhr nach Italien begünstigen soll. Die Landesregierung Italiens sind wohl der stärkste Kompensationsartikel für unsere nach Italien exportierende Industrie. Da aber auch unsere Landwirtschaft, unser Obstbau, unsere hochentwickelte Konserven-

industrie existenzfähig erhalten werden muß, so liegen auf diesem Gebiet komplizierte Fragen zur Entscheidung, die eingehender Sachkunde bedürfen.

Vom Magdeburger Verleumderprozeß

Magdeburg, 23. März. In der Nachmittagsitzung machten mehrere Zeugen Aussagen über den im Januar 1918 in der Torpedowerkstatt bei Kiel ausgebrochenen Streik. Sie betonten übereinstimmend, daß die Streikenden von Berlin keine Instruktionen erhielten. Zeuge Schulz befandete, er sei im Sommer 1918 nach Berlin gefahren und habe Ebert, Wels und Moske gesagt, daß wir vor dem vollen Zusammenbruch ständen, daß die Arbeiterchaft die Verhältnisse nicht länger ertragen könne und daß es sicher zu Revolution käme, wenn nicht gleich der Krieg beendet würde. Die Herren im Parteivorstand aber hätte gemeint, er beurteile die Stimmung ganz falsch; icht stehe Deutschland vor dem Siege. Zum Schluß der Nachmittagsitzung gab Generalstaatsanwalt Storz eine Erklärung über die noch zu ladenden Zeugen ab, worauf die Verhandlung auf Dienstag vormittag verlagert wurde.

Magdeburg, 24. März. Zu Beginn der heutigen Verhandlungen gab der Vorsitzende Kenntnis von einem Beweisanspruch der Staatsanwaltschaft, der sich gegen den Beweisanspruch der Verteidigung richtet, worin mehrere Zeugen u. a. Davidson gegen die Glaubwürdigkeit Scheidemanns genannt werden. Die Verteidigung stellte hierauf sofort Gegenbeweisanspruch, in dem behauptet wird, daß der Zeuge Davidson für dessen Intelligenz und überlegene Fähigkeit als Zeuge u. a. Regierungsrat Kopp aus dem preußischen Innenministerium und Schriftsteller Oswald Spengler in München angeführt werden, nur deshalb als geisteskrank hingestellt werden, weil er zu viel Intimes von den führenden Mitgliedern der Mehrheitssozialistenpartei wisse. Diesem Antrag erwiderte die Staatsanwaltschaft mit der Ankündigung, daß sie nun weitere Zeugen gegen die Glaubwürdigkeit Davidsons auftreten lassen werde.

Als erster Zeuge wurde sodann der frühere Handelsminister Stiering vernommen, der während des Januarstreiks Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes war. Stiering betonte u. a., daß er und andere Führer wiederholt von Leuten aus den Betrieben zur Teilnahme am Januarstreik aufgefordert worden seien, um die Streikdauer zu verlängern, und daß sie den Funktionären, die sie zur Uebernahme der Führung in der Streikbewegung aufforderten, geraten hätten, sich angesichts der stark betonten politischen Seite der Bewegung an den sozialdemokratischen Parteivorstand zu wenden. — Ein weiterer Zeuge, der seinerzeit zu den radikalen Mitgliedern der Streikleitung gehörte, gab u. a. an, daß der Antrag auf Einbeziehung mehrheitssozialistischer Abgeordneten in die Streikbewegung zunächst mit übergroßer Mehrheit abgelehnt und erst durch das Eingreifen Richard Müllers angenommen worden sei. Er (Zeuge) glaube nicht, daß in der Arbeiterchaft allgemein die Auffassung verbreitet war, man brauche den Stellungsbesehlen nicht Folge zu leisten. Diese Befehle seien auch von den Arbeitern reiflos befolgt worden.

In der Nachmittagsitzung gab Generalstaatsanwalt Storz eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß durch das vom Zeugen Scheidemann eingereichte ärztliche Zeugnis, das seinen Vernehmungsunfähigkeit feststellt, eine neue Sachlage geschaffen wurde. Die Staatsanwaltschaft schlage vor, nunmehr zunächst die Zeugenvernehmung auszusuchen, die, wenn es zur Verurteilung kommen sollte, am Ende wäre. Nachdem der Generalstaatsanwalt noch betont hatte, daß die Staatsanwaltschaft auf das Zeugnis Scheidemanns nicht verzichten könne, beschließt das Gericht die Abfindung eines Funkrechts nach Kassel, worin um eilfristige Uebersendung der freizüglichen Zeugnisse ersucht wird.

Alsdann wird der Zeuge Malsahn vernommen, der erklärt, der Januarstreik sei in erster Linie als politischer Massenstreik beabsichtigt gewesen, dessen Zweck die Durchsetzung der Streikforderungen und somit der Sturz der bestehenden Macht, also eine Staatsumwälzung gewesen sei. Der Streik sei in engeren Kreise der revolutionären Obleute schon etwa 8 Tage vorher beschlossen worden. Eine Beteiligung der Abgeordneten der USB. an der Streikleitung sei für die Obleute eine Selbstverständlichkeit gewesen, dagegen sei von der SPD. zunächst keine Rede gewesen und erst, als in einer Versammlung Richard Müller den vorher abgelehnten Antrag der SPD. Arbeiter angenommen habe, sei die Zuziehung der SPD. Abgeordneten beschlossen worden. — Der nächste Zeuge, Richard Müller, der im Januarstreik 1918 Vorsitzender des Aktionsausschusses war, erklärt, genau zu wissen, daß das Flugblatt am 30. Januar nachmittags in der „Treptower-Rüche“ beschlossen wurde. In dieser Sitzung hätten Ebert und Scheidemann teilgenommen, ohne jedoch zu dem Abstimmungsbeschluss zu neigen. Darauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch verlagert.

Die deutsche Tscheta vor Gericht

Leipzig, 23. März. (Eig. Bericht.)

Am 23. Verhandlungstag des Tscheta-Prozesses verliest H. A. Wolff einen Beweisanspruch, in dem zum Ausdruck kommt, daß die kommunistische Partei niemals die Absicht hatte, die Regierung zu stürzen, sondern nur einem Putz von rechts zu begegnen, der immer zu befürchten war und auch noch bis in die jüngste Zeit zu erwarten ist. Er ersucht, als Beweismaterial die Akten des Staatsgerichtshofs gegen Ehrhardt, von Jagow, Kobbach, Tschow, die Organisation Consul usw. sowie auch die des Münchener Volksgerichts gegen Stiller heranzusuchen. Die Rechtsorganisationen verfügten heute noch über circa 100 000 Bewaffnete, welche in enger Beziehung zur Reichswehr stehen. Ebenso sollen unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine ganze Anzahl Schriftstücke zur Verlesung kommen. Ferner beantragt H. A. Wolff circa 30 neue Zeugen, u. a. v. Seckl, Gehler, Severing, von Kabr-München, v. Löffow-München, Stiller, Ludendorff und Ehrhardt zu laden. Nachdem dem Vorsitzenden das Protokoll übergeben worden ist, erklärt dieser, daß darüber erst beraten werden muß.

Frau Kaufsch äußert sich ausführlich über die Mordtat an ihrem Gatten, ebenso der Schwager Mattheis und die Zeugin Schulz. Kaufsch habe unmittelbar nach der Tat erklärt, Fritz Poese habe ihn erschlagen wollen. Für die Familie hätte er trotz seiner hohen Einkünfte nicht gesorgt, sobald sie tagelang gehungert hätte. Frau Kaufsch erklärt weiterhin, er sei auch leichtsinnig gewesen. — Es werden dann nochmals die Zeugen von Berg und Sauf vernommen, sowie der Landgerichtsrat Schneider und der Kriminalkommissar Bauer, die die Widerprüfungen der beiden ersten Zeugen aufzuklären versuchen.

Landgerichtsdirektor Vogt wendet sich gegen die Anschuldigungen, die von einem Teil der Angeklagten gegen ihn erhoben worden sind. Seiner Ansicht nach hat Neumann die Wahrheit gesagt. Er bezeichnet dieselben als wahrheitsliebenden Menschen. Vogts führe Aussagen seien ebenfalls richtig gewesen. — Während der weiteren Ausführungen des Zeugen kommt es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Der Zeuge äußert sich dann noch ausführlich über die Aushebung der Radikalführerzentrale in Berlin-Neukölln. Dort sind sämtliche Angeklagten, wie an einer Liste festgestellt wurde, falsche Pässe ausgestellt worden. Fortsetzung der Verhandlung Dienstag morgen 9 Uhr.

Auf zur Reichspräsidentenwahltagitation

Öffentliche Wählerversammlungen finden statt:

Mittwoch, den 25. März:
 Pagsfeld: abends 8 Uhr im „Bahnhof“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
Donnerstag, den 26. März:
 Kappelrodt: abends 8 Uhr im „Rebstock“. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Wirth-Appenweier.
 Ring Amt Kehl: abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Ref.: Betr.-Rat Gen. Kaffler-Heidelberg.
 Ring Amt Bretten: abends 8 Uhr in der „Rose“. Ref.: Stadtv. Gen. Koch-Karlsruhe.
Freitag, den 27. März:
 Gaggenau: abends 8 Uhr in der „Gandrinushalle“. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Wirth-Appenweier.
 Gillingen: abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent: Gen. Dr. Engler-Karlsruhe.
 Baden-Baden: abends 8 Uhr im „Sinner-Saalbau“. Ref.: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpflin.
 Erlingen Amt Forstheim: abends 8 Uhr im „Engel“. Ref.: Landtagsabg. Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe.
 Königsbach Amt Forstheim: abends 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Daebler-Karlsruhe.
 Teufels-Neurent: abends 8 Uhr in der „Blume“. Ref.: Regierungsrat Gen. Dr. Lehmann-Karlsruhe.
 Mankelsod: abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Stadtrat Gen. Fißler-Karlsruhe.
 Durlach: abends 8 Uhr im „Lamm“. Referent: Stadtv. Gen. Heibel-Baden-Baden.
 Mühlbach Amt Bretten: abends 8 Uhr im Rathaus. Ref.: Stadtv. Gen. Währinger-Karlsruhe.
 Michelbach Amt Nassau: abends 8 Uhr in der „Eintracht“. Referent: Hauptl. Gen. Frank-Gaggenau.
 Bretten: abends 8 Uhr im „Bad Hof“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
 Wilsbühl Amt Kehl: abends 8 Uhr in der „Gambinus“. Referent: Stadtv. Koch-Karlsruhe.
 Destringen A. Bruchsal: abends 8 1/2 Uhr im „Löwen“. Referent: Lehrer Gen. Usmann-Weingarten.
Samstag, den 28. März:
 Karlsruhe: abends 8 Uhr in der Festhalle. Referenten: Genoffin Siegeler-Durlach, Lehrerin a. D. und Gen. Dr. Kraus-Karlsruhe.
 Offenburg: abends 8 Uhr in der „Mickelhalle“. Referent: Staatsrat Gen. Marum-Karlsruhe.
 Söllingen bei Durlach: abends 8 Uhr im Rathaus. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Horter-Karlsruhe.
 Mühlbach bei Durlach: abends 8 Uhr im Rathausaal. Referent: Stadtrat Gen. Fißler-Karlsruhe.
 Stein Amt Forstheim: abends 8 1/2 Uhr im „Sternen“. Referent: Gen. Heppeler-Karlsruhe.
 Auenheim Amt Kehl: abends 8 Uhr in der „Meinfinderschule“. Ref.: Landtagsabg. Gen. Daebler-Karlsruhe.
 Staufenberg Amt Nassau: abends 8 Uhr im „Sternen“. Ref.: Gauleiter Gen. Reinmüller-Karlsruhe.
 Bühl: abends 8 Uhr im Rathausaal. Referent: Stadtrat Samann-Forstheim.
 Obergrombach: abends 8 Uhr im „Hirsch“. Referent: Gen. Gah-Karlsruhe.
 Bruchsal: abends 8 Uhr im „Bürgerhof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Oskar Ged. Mannheim.
 Meinfindenbach: abends 8 Uhr im Rathaus. Ref.: Stadtrat Gen. Funck-Karlsruhe.
 Gillingen: abends 8 Uhr im „Ochsen“. Referent: Stadtrat Gen. Prof. Dr. Weigert-Forstheim.
 Teufelsheim Amt Kehl: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Gen. Vogel-Offenburg.
 Tiefenbrunn Amt Forstheim: abends 8 Uhr in der „Rose“. Referent: Redakteur Gen. Giese-Karlsruhe.

Duppenau Amt Oberkirch: abends 8 Uhr in der „Gewerbeschule“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe.
 Anielingen: abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Graf.
 Forst Amt Bruchsal: abends 8 Uhr in der „Krause“. Referent: Gen.-Sekr. Gen. Lomberg-Forstheim.
 Durlach: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Sekretär Gen. Seuss-Karlsruhe.
 Wilsbühl: abends 8 1/2 Uhr im „Löwen“. Referent: Regierungsrat Gen. Dr. Lehmann-Karlsruhe.
 Söllingen: abends 8 1/2 Uhr im „Bad Hof“. Referent: Gen. Falsgraf-Durlach.
 Baden-Bell: abends 8 Uhr im „Kellersbild“. Referent: Stadtrat Gen. Sulzer-Baden-Baden.
 Selbach Amt Nassau: abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Landtagsabg. Gen. Kunigunde Fischer-Karlsruhe.
 Wals Amt Baden: abends 8 Uhr im „Schulsaal“. Referent: Gen. Sekr. Erb-Karlsruhe.
 Sandweiler: abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Landtagsabg. Gen. Wirth-Appenweier.
 Liebsheim: abends 8 Uhr im „Ochsen“. Referent: Hauptl. Gen. Mayer-Weingarten.
 Weingarten: abends 8 Uhr im „Möhle“. Referent: Hauptl. Gen. Kimmelnann-Forstheim.
 Wöllingen Amt Bretten: abends 8 Uhr im „Lamm“. Ref.: Gen. Schlaus-Karlsruhe.
 Untergrombach: abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Gen. Heibel-Baden-Baden.
 Gernsbach: abends 8 Uhr im „Bad Hof“. Ref.: Hauptl. Gen. Frank-Gaggenau.
 Gengenbach: abends 8 Uhr in der „Linde“. Ref.: Bürgermeister Gen. Wilmersdorf-Offenburg.
 Kuppenheim Amt Nassau: abends 8 1/2 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Stablv. Koch-Karlsruhe.
 Rausmeyer Amt Offenburg: abends 8 1/2 Uhr im „Kaiser“. Referent: Gen.-Sekr. Gen. Hege-Offenburg.
 Eggenstein Amt Offenburg: abends 8 1/2 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Fißler-Karlsruhe.
 Berghausen: abends 8 1/2 Uhr im Rathausaal. Referent: Gen. Würtner-Forstheim.
 Fehlingen Amt Bretten: abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus „Schönstag“. Referent: Gen. Frey-Karlsruhe.
 Kürnbach Amt Bretten: abends 8 1/2 Uhr im Rathaus. Ref.: Gen. Trinkl-Karlsruhe.
 Koenigsfeld: abends 8 1/2 Uhr im „Ochsen“. Referent: Redakteur Gen. Krill-Forstheim.
 Heidesheim A. Bruchsal: abends 8 1/2 Uhr im „Ader“. Ref.: Gen. Ruge-Karlsruhe.
 Bismeyer Amt Nassau: abends 8 1/2 Uhr in der „Sonne“. Referent: Stadtv. Schmedenecker-Baden-Baden.
 Dettingen Amt Nassau: abends 8 1/2 Uhr in der Bahnhofsvirtschafft. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen. Müller-Karlsruhe.
 Ottenau: abends 8 1/2 Uhr im „Strauß“. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Weßmann.

Die Genossen werden gebeten, für guten Besuch dieser Versammlungen zu werben. Sie sind auch zu benützen, um der Partei neue Mitglieder und der Parteipresse neue Leser zu gewinnen.

Widerplakate erhalten die Ortsvereine für die eigenen Orte und die zur Vorbereitung zugewiesenen Nachbargemeinden heute spätestens morgen. Sie sind so reichlich zugeteilt, daß auch die kleinste Nachbargemeinde damit versehen werden kann. Für wirkungsvollen Anschlag ist unbedingt Sorge zu tragen. Abrechnungsvordruck für 4. Quartal sind dieser Sendung beigegeben. Die Ortsvereine werden dringend gebeten, mit der Kassierung trotz der Wahlarbeit so frühzeitig zu beginnen, daß die Vierteljahresrechnung für das 4. Quartal — Januar, Februar, März — bis spätestens 10. April dem Sekretariat eingekandt werden kann.

Aus dem Freistaat Baden

Die unteren Beamten Badens

haben mit großem Bedauern das vorläufige Scheitern der Besoldungsaktion, die die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstage für sie unternommen hat, vernommen. Einer von ihnen schreibt uns: Nachdem wir in Baden ab 1. Februar d. J. wieder auf die 12 1/2 Prozent angewiesen sind, hatten wir alle Hoffnung auf den Reichstag gesetzt. Wir freuen uns, daß die sozialdemokratische Fraktion den (auch im Volksfreund) veröffentlichten Antrag des Allgem. Deutschen Beamtenbundes aufgenommen hat. Und das Ergebnis? O je, dürfen die unteren Beamten fragen! Nach den vorliegenden Zeitungsberichten brauchen wir in absehbarer Zeit nicht daran denken, eine andere als die unglückselige November-Regelung von 12 1/2 Prozent Zulagezuschlag auf unsere ach so bescheidenen Gehälter auch ferner zu beziehen. Man hat im Haushaltsausschuß die Angelegenheit „bis auf weiteres“ vertagt. Wir kennen ja diese Parlamentsprache, die sich dem amtlichen ähnlichen Sprachschablonen so würdig anreißt. Darnach hat die Regierung kein Geld für die Beamten trotz günstiger Finanzlage, und die bürgerlichen Parteien verdinglichen sich hinter die Reichsbahn-Gesellschaft. Die unteren Beamten sind die Enttäuschten und Betrübten. Die Arbeiter sollen nur nicht denken, daß dies lediglich Sache der Beamten sei. Regierung und Privatindustrie warfen sich in diesem Kampfe um die Verweigerung höherer Gehälter und Löhne gegenseitig die Bälle zu. Wollten die Arbeiter mehr Lohn, sagen die Industriellen, die Regierung gibt den Beamten auch nicht mehr, also beschleibet euch! Kommen die Beamten, erklärt die Regierung, in der Privatindustrie wird noch schlechter bezahlt. Das Ergebnis: Arbeiter und ein Teil der Beamten können weiter ein erbärmliches Dasein fristen, und die oberen Gesellschaftsklassen fühlen sich von allen diesen Sorgen unbeschwert. Das sollte auch den Arbeitern, nicht nur den Beamten, zu denken geben.

Die weiffremde Zeitungredaktion

Von Minister A. Kemmle wird uns geschrieben: Es war voraussehen, daß die Arbeiter-Zeitung auf die ihr von mir übermittelte Verichtigung die bei ihr üblichen Ausflüchte gebrauchen wird. Sie fragt mich, ob es Zufall sei, daß immer gerade, wenn Wahlen sind, von der Redaktion der „A. Z.“ weg Verhaftungen vorgenommen werden. Es erscheint mir in der Tat kein Zufall, daß immer, wenn Wahlen in Aussicht stehen, die „A. Z.“ von Berlin aus Oberstabschef zur richtigen Betreibung des Wahlgeschäfts zu geschickt bekommt, die, weil wenn irgendwelcher Vergehen sonst in Deutschland febrillich verfolgt, in ganz zwangsläufiger Weise von den Fahndungsbeamten angehalten werden müssen. Die febrilliche Ausschreibung erfolgt in den Fahndungsbüroen; weder der Justizminister, noch viel weniger aber der Minister des Innern haben sich um die in diesen Blättern ausgesprochenen Fahndungen persönlich zu kümmern. Es ist Sache der unteren Justiz- und Polizeibehörden, in eigener Zuständigkeit die sich aus der Rechtspflege ergebenden Aufgaben zu vollziehen.

Werden die SPD-Funktionäre nicht auf Veranlassung des Innenministers durch Kriminalpolizeibeamte überwacht, fragt mich dann die „Arbeiterzeitung“. Nein, auch diese Fragestellung geht fehl. Es ist Sache der örtlichen Polizeibehörden, sich um Vorgänge, die sich nicht auf dem Boden absoluter Geheimhaltung bewegen, zu kümmern. Um politische Vorgänge, die sich auf gesetzlich erlaubtem Boden vollziehen, bekümmert sich die Polizei nicht. Sie hat schließlich, um zu der 3. Frage der „A. Z.“ Stellung zu nehmen, ihr bekannt gewordene Geschehnisse selbstverständlich an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten und zwar nicht im besonderen Auftrag des Ministers des Innern oder der Regierung, sondern gemäß der auf der Landes- und Reichsverfassung beruhenden Gesetzgebung und den aus letzterer erwachsenen Bestimmungen. Selbstverständlich — die „A. Z.“ trägt nämlich, ob bei der badischen Regierung so strenge Resortteilung bestehe, daß ein Minister nicht wisse, was der andere tut — besteht diese strenge Arbeitsteilung.

Hätte die „A. Z.“ nur ein wenig Begriff von der Zwangsläufigkeit, der ihr so sehr auf den Nerven liegenden Justizaktionen, dann würde sie zu dieser wahrhaft naiven Fragestellung nicht gekommen sein. Die „A. Z.“ scheint zu meinen, die Minister eines Landes hätten nichts wichtigeres zu tun, als sich um das Wohl und Wehe der SPD-Funktionäre zu kümmern. Von der Konstruktion der Strafschleife, von der Trennung zwischen Verwaltung und Rechtspflege, von den in der Gesetzgebung festgelegten Zuständigkeiten für die Organe der Verwaltung und Justiz zum Vollzug der Gesetze brauchen natürlich die Fragesteller der „A. Z.“ nichts zu wissen. Je weniger man von einer Sache weiß, desto geschellter kann man darüber reden, dachten die Herren wohl, als sie ihre Fragen stellten.

Diese meine Antwort wolle die „A. Z.“ hiermit als an sie gegeben ansehen; vielleicht hilft dieselbe, ein überfülltes Gehirn im Gegensatz zum „eingefrorenen“ wieder zur Verfassung zu bringen.

Der deutschnationale Suppenkasper.



Zur Wahl des Reichspräsidenten

ist der schändliche Verleumdungsflug gegen die republikanische Bevölkerung durch die Monarchisten und Kommunisten auf der ganzen Linie in skrupelloser Weise eröffnet. Die Sozialdemokratische Partei muß diesem verbrecherischen Treiben wiederum mit größter Energie entgegenreten.

Schafft Mittel

zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes. Zeichnet in die in Umlauf befindlichen Sammellisten. Wer hierzu keine Gelegenheit hat, überweise seinen Beitrag dem Sekretariat — Postfachkonto 29081, Karlsruhe.

Diese 5 1/2 Cigarette bestärkt von Neuem die Leistungsfähigkeit der Halpaus-Cigaretten-Fabrik.

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg
von Bruno Schönfelder

(Fortsetzung)

„Das ist Geschwäg. Wer sich mit ihnen einläßt, ist verloren, sogar ganz Mächtige haben sie auf ihre Weise fleingeträgt. So erzählte mein Großvater immer, wie es den Pfälzern von Tübingen gegangen ist, die einst mächtiger waren und mehr Grundbesitz hatten als jetzt die Württemberger Herzöge. Was sind sie jetzt? Arme Schuster in fremder Herren Dienste! An ihrer Stelle aber sitzen fette, feiste Mönche zu Bebenhausen und anderswo im Lande. Drum weg mit ihnen, heraus aus den Klöstern, daß sie arbeiten und schaffen müssen wie andere Menschen, und sich nicht weiser von unserem Schweiß mühen. Aber erst müssen sie ihre Schätze rausgeben, es ist da viel Gold- und Silberzeug aufgeschichtet, was wir gut gebrauchen können.“

„Nur nicht so hitzig, heute oder morgen wird doch nichts draus“, antwortete Hünlein, und Zuchslöcher nickte dazu. „Vorläufig heißt es, die Waffen gut nach Gaildorf bringen. Die Murrhardter Bürger fürchte ich nicht, sie neigen zu uns, aber die Limpurger Schenten sind schon längst stuhlig, und ihre Reifige treiben sich Tag und Nacht auf den Straßen herum und pöbeln auf. Drum wollen wir jetzt lieber mit Trinken und Reden aufhören, um Kraft und Verstand für die Fahrt zu behalten. Satt sind wir und für unterwegs haben wir genug bei uns. Ein nüchtern Kopf ist die Hauptsache bei solchen Unternehmungen.“

„Fahrt doch lieber über Kaisersbach, als im Tal, selbst wenn ihr zwei Nächte dazu braucht, auf den Bergen ist es sicherer!“

„Willst du denn nicht mit, Lambert?“ fragte Hünlein. „Doch, doch! Ich habe hier nur noch ein paar Kleinigkeiten zu erledigen, dann komme ich nach und werde euch bald einholen.“

„Und wie ist's mit deinem Knecht? Kommt er mit oder bleibt er hier?“

„Natürlich geht er mit, er weiß Bescheid.“

„Was wird dann aber mit deinem Weib und Kind, und mit dem Hof?“ fragte Zuchslöcher ernst. „Ich liebe sie an deiner Stelle nicht so ohne Schutz. Du weißt nicht, wie lange du fortbleibst und ob dein Knecht wieder heim will, wenn er erst einmal im Lager gewesen ist. Die Zeit der Bestellung kommt, da sind Männer notwendig für Pflug und Karst.“

„Ist mir einerlei. Entweder komme ich mit Beute zurück, dann ist alles gut, oder die Sache geht schief, dann kann's mir erst recht gleichgültig sein.“

„Wie du willst. Ich meinte es nur gut.“

Die beiden Bauern nahmen Abschied von Frau Kathrin. Sie blieb bei dem Kind sitzen und wartete auf ihren Bruder. Der junge Gesell, dem die Lust zu kommenden Abenteuer aus den Augen leuchtete, bemühte sich rechtlich, ein paar Trostworte zum Abschied zu finden, und versprach ihr, bald wieder zu kommen. Sie tat, als ob sie es glaube. Dann ging auch er. Nun war die Bäuerin wieder allein mit dem Kind. Sie räumte den Tisch ab und horchte nach dem Hofe. Das Kind schlummerte und atmete kaum. Bald vernahm sie ein paar laute Zurufe und darauf das Rollen der Wagen, das schnell in dem Brausen des Windes verloren ging. Nun waren sie fort. Ob Lambert auch? Und ohne Abschied? Fast hoffte sie es, denn ihr bangte davor. Wieder herrschte tiefe Stille in dem Raum, der ohne Waffen oder und größer als vorher erschien.

Geplant horchte die Bäuerin weiter, aber alles blieb ruhig. Ihr Mann war demnach nicht zurückgeblieben. Ein Gefühl tiefen Friedens überkam sie bei dem Gedanken. Da — hörte sie recht? Waren es nicht seine Schritte, die über den Hof kamen? Sie hatte sich nicht geirrt, er war es wirklich. Er hatte wohl nach Vieh und Scheuer gesehen, oder war bei den Eltern gewesen. — Jetzt trat er ein.

„Du weißt nun, was wir vorhaben, und wirst darüber schweigen“, begann er langsam mit finsternem Blick, „denn es braucht niemand zu wissen, daß ich zu den Eingeweihten gehöre. Dein Vater weiß Bescheid. Fragt jemand nach mir, so sage, ich sei wegen Viehkaufs unterwegs nach dem Hallstätter; die Richtung stimmt jedenfalls!“

„s ist recht. Aber ich frage dich hoch und heilig: hast du bei eurem Vorhaben auch an dein Kind und dein Gut gedacht? Und warum soll Josephus durchaus mit? Er ist fast noch ein Bub, hat keine Ahnung von dem Krieg, und das wilde Lagerleben ist nichts für ihn. Wenn du ihn nicht mehr brauchst, so schicke ihn wieder zurück, damit er auf dem Hofe hilft, denn mit der Anne allein kann ich die Wirtschaft nicht zusammenhalten, selbst wenn's Mariele gesund wäre.“

„Nach mir fragst du natürlich nicht. Daß es mir auch an den Krügen gehen kann, ist dir einerlei!“ versetzte Lambert lauernd.

„Reb' nicht so! Soll ich mich vor mir und dir lächerlich machen? Hast du je nach mir gefragt, wenn du etwas vorhattest, hast du je auf mich gehört, wenn ich dich um etwas bat oder dir etwas riet? Bestenfalls hast du gelauscht oder gar nicht geantwortet. Drum frag ich auch nicht, was du vorhast. Aber an deinem Kind und deinem Gut sollst du nicht freveln, und mein Bruder ist als Knecht auf dem Hofe, aber nicht zu Diensten geworden, die zum Nichts oder Galgen führen. Ihr rennt alle ins Unglück, und ich verstehe den Zuchslöcher nicht, der doch sonst so verständlich ist.“

„Schweig! Laß das unsere Sache sein! Joseph hat ganz freie Hand, wenn die Waffen abgeliefert sind. Will er zurück, so halte ich ihn nicht, will er bleiben, so rede ich ihm nicht ab. Ich glaube nur, daß er das freie Lagerleben dem Gang hinter dem Pflug vorzieht wird. — Aber nun zu mir. Nicht aus übermütiger Abenteuerlust habe ich dem Haußen zugeschworen und wage mein Leben; auch nicht nur um mich, dich, 's Mariele, die Anna, den Joseph und deine Eltern, sondern zum Wohle all der Armen und Getretenen in Schwaben, Franken, Sachsen, Thüringen und Tirol und wo sonst noch deutsche Bauern unterdrückt sind, damit wir und sie es auch so gut haben wie die Eidgenossen drüben in der freien Schweiz. Dafür kämpfe ich mit gegen Ritter, Pfaff und Geldjad, aber ganz besonders gegen die Pfaffen. Deshalb ist der Zuchslöcher bei der Sache und Hünlein und alle die anderen ernsthaften Männer unserer Gegend. Nur Feiglinge bleiben am Herd sitzen. Daß ich allerdings nicht zu kurz dabei kommen will, sondern auf Beute hoffe, leugne ich nicht. Ob ich dabei zugrunde gehe, was ist es dir? Das Blut krieg ich vor Born ins Gesicht. „Doch, es geht dich sogar viel an, denn bleibe ich, so bist du meiner ledig, was dir nur recht sein wird. Du bist dann frei und kannst den nehmen, auf den du schon immer brennst!“

„Lambert, hör auf!“ rief Kathrin, „das ist schief, das ist gemein von dir! Hab ich dir irgendwie das Recht zu solchen Worten gegeben?“

„Sei still, du weißt, wie ich's meine. Im Herzen trägst du ihn doch, so wahr ich hier sitze. Und kommt er, wenn ich nicht mehr bin, so nimmst du ihn. Drum sei froh, daß ich jetzt gehe. Hast dann wenigstens diese Hoffnung. Wie leicht treffen Kugel, Stoß oder Schlag, wenn man vorn in erster Reihe steht! Dann hantelt du den Mönch ohne Scheu heiraten, denn das Entlaufen aus den Klöstern ist jetzt überall im Schwinden, und Konne und Mönch heiraten nur allzu gern. Sei es doch, der Luther ginge auch auf Freiersfüßen und hätte sich ein Mädelchen irgendwo in Sachsen ausgesucht. Warum sollte nicht eine Wittib auch den Ihren finden? Dann wäret ihr ebenfalls ein gottseliges Paar und könntet irgendwo Pfarrer und Pfarrerin zu Ehren der neuen Lehre werden. Niemand würde was dran finden, ihr würdet vielleicht noch hochgeehrt, und sogar ich wünschte euch aus dem Grab viel Glück zum fröhlichen Ehestand!“

„Schweig, Lambert, und verleumde deinen Bruder und dein Weib nicht! Nie wird Gottfried das tun, nie wird er sein Gefährde brechen!“ rief die Bäuerin mit Tränen in den Augen. „In Schlacht und Kampf willst du fort und nimmst solchen Abschied! Dann lieber ohne Abschied fort! Trostlos frage ich dich: wenn der Kampf sich lang hinzieht und die anderen Männer dir noch folgen, was wird dann aus uns schlaflosen Frauen und den Kindern in dem abgelegenen Waldwinkel? Habt ihr das überlegt?“

„Heul nicht, du weißt, es hat keinen Zweck!“ Er zuckte mit den Achseln. „Was aus euch wird, das ist eure Sache. Sorgt für euch, schlagt euch durch, so gut ihr's könnt! Entweder komme ich zurück als reicher, angesehener Mann, dann ist's gut; oder ich komme nicht wieder, dann ist's ja auch gut, dann kannst du Hochzeit mit deinem Gottfried machen. Beides wird dir nur angenehm sein. Bis du in magst du deine Eltern ins Haus nehmen, die dir helfen können.“

(Fortsetzung folgt.)

Max Walbau

Zum 100. Geburtstag am 24. März

Es wird heute immer noch viel zu wenig erkannt und gewürdigt, daß Dichtung und Poesie in engstem Zusammenhange miteinander stehen. Die Literaturgeschichte ist vielfach zu einem nüchternen Schema erstarrt, über dessen Aufrechterhaltung die Philologenpäpste angestrebt haben. So gilt beispielsweise Schleiermacher bei den jüngsten Fachgelehrten nur als Gelehrter des guten Martin Opitz oder des großen Göttinger, allenfalls noch Gustav Freytag, aber kaum jemals erinnern sich die Literaturwissenschaftler an die beiden großen Dichter der deutschen Sprache, die in der alten Oberstadt Breslau das Licht dieser elenden Welt erblickten: Ferdinand Lassalle und Max Walbau. Während das Gedächtnis Lassalles in der Arbeiterklasse unvergänglich fortlebt, ist der Name seines dreißigjährigen dahingegangenen Landsmanns und Zeitgenossen heute schon fast vergessen. So wenig freilich sein Dichtertalent in unsere Zeit hindurchzuleuchten vermag, so hell erhellte der Gang der Persönlichkeit dieses frühvollendeten Waldeskindes derer von Dautenschild, der sich den Dedmanen Waldes anlehnte. Schon vor dreißig Jahren hatte sich dieser Mann zu dem Bewusstsein durchgerungen: „Ich bin viel zu sehr Aristokrat, um nicht Republikaner zu sein.“

Die große Welle der vierziger Jahre hat in dem Dichter den Propheten gewedt, den Ruf des schlafenden Volkes, den Seher einer wahren deutschen Zukunft. In den Reihen der Heine, Uhland, Herwegh, Heine, Hoffmann von Fallersleben finden wir den Sänger dieser Verse:

Die Menschen, der besten Artie herab, Sie gills aus der Tiefe zu heben, Vernichtung den Ketten, die ahnenbestäubt Als Sklavensoldate nur leben! Wir brauchen aber die Wögte nicht mehr, Wenn keine Sklaven mehr tronen . . .

„Die neue Zeit wird ohne Rufen sein“, sagt Walbau in seinem Gedicht „O diese Zeit“, in dem es weiter heißt:

Es gilt, die eigene Zeit zu bauen, Nicht mochte Lotenschiffel zu befragen. Wir wollen länger nicht die Purpurfünden Der frangulogenen Wälder auf uns tragen. Fort mit dem ganzen Kram der toten Zeiten, Wir wollen für die neue Sonne streiten. Die fohle Furcht lauscht an der Treppe Stufen, Und Feigheit lehnt sich in die Purpurfünden. Sie wissen, o sie wissen: Die Zeit ist um!

Und jenen auch heute noch Allzuvielen, die sich nicht von der Vergangenheit lösen und taffoch ins Neuland der Zukunft schreiten können, ruft der feurige Republikaner zu:

Laßt schlafen die alte deutsche Schmach, Laßt schlafen den alten Kaiser, Die Alten werden nur älter gemacht Und werden doch nimmer weiser.

Die Bücher Walbaus liegen heute, nur noch von Bibliothekaren, Literaten und Kunstgelehrten der Wissenschaft halber geliebt, in verstaubten Winkeln und sind seit Jahrzehnten nicht mehr aufgelegt worden. Ein anschauliches, vielseitiges Bild dieses Mannes enthält das soeben erschienene Max Walbau-Buch des „Oberlehrers“ (Verlag Priebe in Breslau), in dem auch Genosse Friedrich Kaminski Wesentliches über Walbaus politische Einstellung sagt. Die deutsche Arbeiterbewegung und alle Republikaner werden den 100. Geburtstag des zukunfts-gläubigen Vorkämpfers der deutschen Freiheit nicht vorübergehen lassen, ohne einen stillen Gruß nach seinem Dichtergrabe tief in den oberelsässischen Wäldern hindübersenden. Das junge Herz dieses Revolutionärs und Republikaners schlug der fünfzigsten, von Massenopfern besetzten Gesellschaft, an die er glaubte, wie er selbst bekannte: „Ich weiß, das Menschstum wird den Kampf beenden.“ Alfons Sandt.

Kunst und Wissenschaft

Eurythmische Kunst

Vor Beginn der eurythmischen Darbietungen im Konzerthaus wurde aus der anthroposophischen Zeitschrift dem „Goetheblatt“ ein Artikel gelesen: zur Einführung in das Wesen der Eurythmie. Sie will keine Langsamkeit sein im modernen Sinne des Wortes, sondern eine rein objektive Übertragung des Sinnes in die Bewegung. Zu jedem Ton gehört eine ihm eigene Gebärde, die die Eurythmie aus der durch die Jahre gemordenen Verkümmern in Klang und Wort wieder lösen will. Die Übertragung der einzelnen Musikstücke, die Verdolmetschung der Melodie durch die bewegliche Körperlinie gelang auch vorzüglich und gewährte einen hohen künstlerischen Genuß. Besonders sei die mit starker Innerlichkeit wiedergegebene Verkörperung des Bachschen Adagio und jenes von Beethoven erwählter, hier reichten die technischen Wechsele der Ausführer einer erschöpfenden Ausdeutung des musikalischen Vorwurfs aus. Auch die Darbietungen der Tänzerinnen des Mozartschen und Tartini'schen Allegros, die auch die feinsten eurythmischen Werte der musikalischen Linie zu betonen suchten, zeigten von guter Einfühlung. Jedoch eine noch größere Körperdisziplin und Tanztechnik wird zur Veredelung der jetzt schon auf beträchtlicher Höhe stehenden Leistungen beitragen. Trotz der Hart mit Licht- und Farbeffekten operierenden Aufmachung war die Übertragung einzelner Dichtungen weniger gelungen. Sie erinnerte an Gemälde bildender Künstler, die durch Nebeneinanderstellen von Farben die Weichheit des Beschaudenden reizen und auf Inhalt weniger Wert legen. Ebenso wurde man durch den wenig wohlklingenden Klang handelnden Vortrag der Gedichte und die Übertragung des Sinnes in Bewegung vollständig vom Inhalt der Werke abgelenkt. Es fragt sich nun, ob das, was in der Malerei berechtigt ist und teilweise sogar gefordert wird, sich auch der Dichter gefallen lassen muß. Jedenfalls kann man darin mit dem anthroposophischen Artikelverfasser einverstanden sein, daß der eurythmischen Kunst ein weites Feld der Betätigung offensteht.

Bad. Landesbühnen. Herrn Staatskapellmeister Lorenz wurde die nachgesuchte Entlassung aus dem Verband des Landesbühnenvereins bewilligt. Er scheidet am 1. September d. J. aus.

Landesverein Badische Heimat. Die Landesversammlung der Badischen Heimat findet vom 16.—18. Mai 1925 in Forzheim statt. Stadtverwaltung und Ortsgruppe sind in überaus anerkannter Weise bereits mit den Vorbereitungen beschäftigt. Die Stadt Forzheim wird Emil Götz „Edelmild“ aus diesem Anlaß aufführen lassen, die Ortsgruppe wird eine Heimatfeier den Teilnehmern geben, bei der u. a. Hermann Cris Wisse über den badischen Dichter Emil Strauß sprechen wird. Beachtungen des neuen Neudruck-Museums, der ständigen Ausstellungen sowie Forzheimer Industriebetriebe sind vorgegeben. Der Montag führt die Gäste nach Königsbach und Stein, und beschlossen wird die Tagung mit großzügigem Heimatabend in Durlach. Privatquartiere werden zur Verfügung gestellt.

Literatur

Sämtliche hier bezeichneten Bücher sind durch die Volkshandlung, Adlerstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

Die neueste Nummer der „S. S.“ bringt aus dem Leben und aus den Gebräuchen Indiens einige wunderbare Aufnahmen. — Der politische Referatist jugendlich sind die interessantesten Bilder des scheidenden Präsidenten Masaryk und die neueste Pariser Aufnahme Chamberlains. Einen Wochenspiegel nach Wien stellt der Schiele-Lern von Bis dar. Wiederum ist dankbar, nimmt der aufmerksame Leser die guten Momente entgegen. In Summa, die „S. S.“ hält in allen Punkten, was sie verspricht, und sie berichtet nur das Beste. — Abonnementspreis M. 2.50 im Vierteljahr, Einzelnummer 20 Pf. Verlag Ringier u. Co., Stuttgart.

Witz und Humor

Ein notwendiger Antrag. Der Reichstag wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der zu untersuchen hat, ob die Arbeitsweise der bestehenden Untersuchungsausschüsse nicht untersucht zu werden verdient.

Der Kallauer. „Weißt du, was ein Kallauer ist? — „Na?“ — „Stiefmann!“ — „Wie denn?“ — „Wie denn! Ohse!“ — „Aber ein Kallauer ist doch ein schlechter Witz.“ — „Na also!“ (Aus dem republikanischen Witzblatt „Lachen links“.)

Das Nützlichkeitskapital kennt kein Vaterland und unterhält eine gemeingefährliche Freche. Die Kriegsheer haben und drüben arbeiten sich in die Hände, wie nach einem stillen Lieber-eintommen. Deshalb mußte auch der Schatz der Wälder gegen die drohende Brandstiftung international organisiert werden. In dem feilen Willen zu dieser Mordmehr werden sich die angeblichen „Erben“ konteraktistisch vereinen und eine Verständigung vorbereiten, die nur Verbrecher oder Narren befehlen können.

Gewiß! Die deutsche Demokratie hat noch einen schmerzlichen, steilen Weg bis zum Gipfel ihrer Ziele. Aber kein Kaiser, auch wenn er kriegerischer als Wilhelm II. wäre, könnte gegen den Willen seines Volkes den europäischen Frieden zu brechen.

Wir sind keine Träumer und nicht „ohnmächtig“, wenn wir die Vernunft und das Kulturwissen der Massen wecken und gegen lärmende Minderheiten beweisen, daß die Nationen fast eine Politik der Freundschaft reif sind. Ludwig Frank.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 25. März

Geschichtskalender

25. März. Der Dichter Kobaltis (v. Hardenberg) in Weiffenfeld. — 1873 Bebel u. Liebknecht erhielten im Leipziger Reichstagsprozess 2 Jahre Zuchthaus. — 1907 Der Chirurg Ernst v. Bergmann in Wiesbaden.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Die Parteimitglieder, die noch nicht im Besitze von Vorkaufskarten sind, werden ersucht, dieselben im Laufe des heutigen Tages bei Gen. Lang, Kaiserstr. 46, abzuholen. Das Material zur Reichspräsidentenwahl wird den Obleitern der Stadt sowie Vorstandsmitgliedern in den nächsten Tagen ausgegeben. Es wird um beschleunigte Abgabe der Lokale an Gen. Lang ersucht, wo das Material abgeliefert werden soll.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Heute Mittwoch abend 8 Uhr im kleinen Rathsaussaal Fraktionsführung. Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen.

Bezirk Mühlburg. Heute abend 8 Uhr im „Rheinkanal“ Bezirksversammlung. Der Referent, Gen. Dr. Lehmann behandelt das Thema: Die Sozialisierungsversuche in Oesterreich. Das aktuelle Thema verlangt vollständiges Erscheinen sämtlicher Parteigenossen. Volksfreundlicher willkommen, besonders die Jugend.

Die Vertrauensleute wollen sich schon um 7 Uhr im Lokal einfinden.

Jugendsozialisten. Heute Zusammenkunft im Jugendheim. Junge Leute wird das Thema Thema behandelt: „Bürgerliche Jugendbewegung und Jugendsozialisten.“

Frauenversammlung

Am Donnerstag abend 8 Uhr findet in der „Gambetrinushalle“ eine Frauenversammlung statt. Genosse Landtagsabg. R. Haedler spricht über: Die drohende Schulcrisis im Reich und in Baden. Das Thema von besonderem Interesse für die Frauen ist, wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Auch Volksfreundlicher sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Die Antwort auf das schosse Benehmen Karlsruher Bürger am Reichsbannertage

Das geradezu herausfordernde Verhalten des größten Teils des Karlsruher Bürgertums anlässlich des Reichsbannertages, nämlich die Nichtbeflaggung der Häuser, hat nicht nur bei den hiesigen Republikanern, sondern erst recht bei den auswärtigen Gästen größtes Befremden ausgelöst. Karlsruhe hat sich dadurch als Feindstadt ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und das brüske unfreundliche Verhalten des Bürgertums war nicht dazu angetan, weitere Festlichkeiten in der Landeshauptstadt abhalten zu lassen. Der Erfolg des hiesigen Spiebertums ist der, daß jetzt schon Stimmen laut werden, das im Juli d. J. geplante Arbeiterfängergesetz nicht, wie vorgesehen in Karlsruhe, sondern in einer anderen Stadt abhalten zu lassen. So nahm der Arbeiterfängerverein Ettlingen in seiner letzten Versammlung folgenden aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrag einstimmig an:

Der Arbeiterfängerverein „Eintracht“ Ettlingen beantragt das Südwestdeutsche Arbeiterfängergesetz nicht in Karlsruhe abzuhalten. Das Verhalten eines großen Teiles der Karlsruher Einwohnerschaft anlässlich des republikanischen Tages in Karlsruhe wird in weiten Kreisen der Arbeitererschaft als Beleidigung und Erniedrigung angesehen. Es ist nicht das erstemal, daß diese Kreise des Karlsruher Bürgertums die Feste der Arbeitererschaft nicht in gebührender Weise würdigen.

Somit der Antrag. Er redet eine deutliche Sprache, er zeigt aber auch, daß die Ettlinger Arbeiterfänger etwas auf Arbeiterehre halten. Die Karlsruher Bürgerschaft, insbesondere der Kaiserstr. hat durch ihr unpatriotisches, unfreundliches und beleidigendes Benehmen, durch ihre Ignorierung des Reichsbannertages bewirkt, daß die Landeshauptstadt in einen schlechten Ruf als Feindstadt gekommen ist. Die hiesige Spiebertum hat aber auch den Verhältnissen des Verkehrsvereins, Festlichkeiten und Tagungen nach Karlsruhe zu bringen, direkt entoaengearbeitet, es hat bewirkt, daß die Arbeitererschaft nicht gewillt ist, ihre Feste nach Karlsruhe zu verlegen. Die Geschädigten sind vor allem die Geschäftsleute, darunter allerdings Geschäftsinhaber, welche den Reichsbannertag ebenfalls ignoriert haben. Vielleicht kommt diesen zum Bewußtsein, wie sie sich selbst geschadet haben, ob mindestens 10 000 Arbeiterfänger nach hiesiger kommen oder nicht. In Spiebertum und ihrem Schlingel „Badiische Presse“ unterläßt man eben die Macht der Arbeitererschaft als organisatorischer Faktor und glaubt deshalb, alle Vereinnahmen, die nicht schwarzweiß-rot gefärbt, aber dafür staatsfremd sind, misshandeln und beleidigen zu können. Das Ettlinger Beispiel redet aber eine andere Sprache.

Nebrigens hat neben der „Badiischen Presse“, welche das beleidigende Verhalten der Karlsruher Bürgerschaft am Reichsbannertage in Schutz genommen und verteidigt hatte, auch auf der Gieselswie des „Karlsruher Tagblatt“ ein Veler dieses Blattes gegen die Beflaggung der öffentlichen Gebäude gemeldet. Die arbeitende Bevölkerung wird gut tun, sich auch das Verhalten der „Badiischen Presse“ und des „Karlsruher Tagbl.“ zu merken und die Konsequenzen zu ziehen, die auch noch eine Arbeiterehre besitzen im Gegensatz zu den vielen Arbeitern. Anzustellen und Beamten in Karlsruhe, die sich von diesen beiden Blättern beleidigen lassen und solche Beleidigungen mit ihrem lauer verdienten Gelde in Form des Abonnementsgeldes für diese reaktionären Zeitungen noch bezahlen. Ist das vielleicht Arbeiterehre?

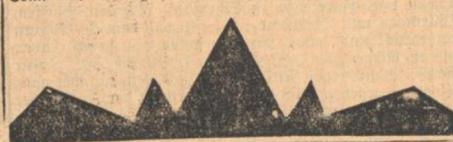
Ausstellung von Arbeiten der städtischen Knaben-Handarbeitschule

Das erste Mal wieder seit Kriegsausbruch tritt die städt. Knaben-Handarbeitschule, in welcher im laufenden Schuljahr etwa 2000 Schüler von der Volksschule in den höheren Lehranstalten unterrichtet werden, an die Öffentlichkeit, um eine Uebersicht zu geben, wie weit sich nach den Störungen während des Krieges und der Nachkriegszeit das schon vor dem Krieg sehr beliebte Unterrichtsfach besonders unter dem Gesichtswinkel der neuzeitlich angestrebten Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens verhält.

Es kamen deshalb zur Ausstellung: 1. Schülerarbeiten in Modellieren, Papier, Buchbinden, Holz, Metall und Schnitzarbeiten. 2. Die Arbeiten der zu einer ständigen Einrichtung genandeten Lehrerbildungs- und Weiterbildungskurse. 3. Arbeiten, welche im Zusammenhang mit dem Gesamtschulbetrieb stehen (Lehrmittel). 4. Schülerarbeiten der Hilfsschule im Sinne der Arbeitsschule.

Zugleich soll die Ausstellung auch Anregung dazu geben, den Knabenhandarbeitsunterricht so auszubauen, daß er möglichst allen Schülern zugute kommt, damit unsere männliche Jugend durch Ausbildung der technischen Fähigkeiten für die hohen Anforderungen des werklässigen Lebens ausgerüstet werde. Der Besuch der Ausstellung kann somit allen interessierten Kreisen, besonders den Eltern wärmstens empfohlen werden.

Die Ausstellung findet in der Turnhalle der Gartenfrähschule, Ecke der Karl- und Gartenstraße, von Donnerstag, den 26. März bis Montag, den 30. März statt und ist geöffnet: Sonn- und Feiertag von 11—1 Uhr und 3—6 Uhr.



Die Reichspräsidentenwahl

Will die Reaktion benützen, um zu einem Schlag gegen die Republik auszuholen. Die Republik steht also in Gefahr. Da heißt es für alle Republikaner, auf dem Posten zu sein. Vor allem müssen die Versammlungen einen guten Besuch aufweisen, um den Gegnern zu zeigen, daß die Republikaner auf dem Damm sind.

Am nächsten Samstag abend 8 Uhr findet im großen Festhallsaal eine

öffentl. Wählerversammlung

statt. Als Redner ist

Gen. Dr. Kraus-Mannheim

vorgesehen. Unweifelhaft wird dies ein interessanter politischer Abend werden, da der Referent als ausgezeichnete Redner bekannt ist.

Republikaner, erscheint in Massen!

Vorkaufskarten sind zu haben bei Zigarrenhaus Töpfer, Volksbuchhandlung, Adlerstr. 43, Expedition „Volksfreund“, Friedrichshof und Freizeugschäft Kurz, Morgenstraße. Die Vertrauensleute sowie Großbetriebe sind ebenfalls mit Karten versehen. Karten im Vorkauf 30 Pfg., an der Abendkasse 50 Pfg.



ep. Sitzung des Evang. Kirchengemeindevorstandes. Am 20. März, abends um 8 Uhr, versammelten sich die Mitglieder des Evang. Kirchengemeindevorstandes in der kleinen Kirche zu einer Sitzung. Der Vorsitzende, Herr Fischer, eröffnete die Sitzung. Dann gedachte er des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, der verstorbenen Kirchenältesten und der verstorbenen Ausschussmitglieder mit anerkennenden und ehrenden Worten. Die Versammlung erhob sich zur Ehre der Verstorbenen hoch über ihren Sitzen. — Die erste Vorlage — Bescheid zur Rechnung 1924/25 wurde nach kurzen einleitenden Worten des Kirchenältesten Herrlein debattiert und zum Einstimmen erledigt. — Von besonderer Wichtigkeit sind die Vorlagen des Kirchengemeindevorstandes, welche die Erwerbung eines Bauplatzes, die Aufnahme der Darlehen für die Erbauung eines Pfarrhauses, die Aufnahme eines Pfarrhauses für die Gottesdienstpfarrei betreffen. Darüber referierte Kirchenältester Jacob, der sich, wie der Vorsitzende hervorhob, um diese Sache sehr bemüht hat. Er schilderte, wie der Versuch, ein geeignetes Haus zu erwerben, gescheitert ist, daß die Finanzlage der Kirche, die Gemeinde zur Zeit eine günstige zu nennen ist, jedoch sich das Bauprojekt wohl vertreten lasse; die Erwerbung des Bauplatzes und die Aufnahme der Darlehen könne zu günstigen Bedingungen erfolgen. Unter hervorragenden hiesigen Kaufmännern soll ein enger Wettbewerb stattfinden. Der Referent beantragte die Genehmigung der Vorlage. Ausschussmitglied Klein verlangte, daß in härterer Weise das Sparprogramm bei der Ausführung angewendet werde. Nachdem der Referent nachgegeben hatte, daß in weitgehender Weise das Sparprogramm berücksichtigt wurde und werden soll, wurden beide Vorlagen zusammen mit allen gegen 2 Stimmen genehmigt. — Zuletzt wurden für die Kirchenältesten Kaiser und für den von hier weggezogenen ältesten Staatsrat Weingärtner Ersatzwahlen vorgenommen. Gewählt wurden Oberrechnungsrat Bürlin und Oberrechnungsrat Maß. Der Vorsitzende schloß um 7 Uhr die Sitzung mit Gebet.

Rintheim

Am Donnerstag abend 8 Uhr findet im „Schwanen“ eine

öffentliche Volksversammlung

statt. Gen. Stenz, Karlsruhe wird über „Die Reichspräsidentenwahl“ referieren.

In alle Wahlberechtigten, Frauen wie Männer, ersucht der Appell, vollständig zu erscheinen. Genossen, bringt auch eure Frauen mit.

(-) Das Zollinger Stahlwarenhaus Ernst Kraus, Badstr. gegenüber der Hofapotheke, zeigt gegenwärtig in einem seiner Schaufenster eine schöne Kaiserkroneausstellung der bekannten Marke Tümmel. Die Messer sind zum großen Teil mit kunstvoll verzierten und geschnittenen Seiten versehen.

Winkel und Patanen im Lichtbild. In der jetzigen Jahreszeit machen sich die verschiedensten Erkältungs- und Infektionskrankheiten, Grippe, besonders deutlich bemerkbar. Da wird

man gerade im sogenannten Hausgebrauch vielfach planlos darauf losgewirkt, ohne sich klar zu sein über das Wesen und die Wirkung des Würfels auf den Organismus. Aber auch bei Ausführung ärztlich verordneter Würfel werden infolge Unkenntnis in der Handhabung vielfach schwerste Fehler begangen, damit nicht selten der ganze Erfolg vereitelt. Deshalb ist es ohne Zweifel zu begrüßen, daß im Rahmen des zur Zeit stattfindenden Vortragszyklus über die Kneippkuren ein Abend ausschließlich dem Wesen und der Wirkung der Würfel gewidmet ist. Für Hand einer Reihe herrlicher Würfelarten wird die praktische Anwendung der verschiedenen Würfelarten gezeigt. Möge daher, niemand vermissen, diesen äußerst lehrreichen Vortragsabend, der am Donnerstag, den 26. März 1925 im kleinen Festhallsaal, Eingang östliche Seite, stattfindet, zu besuchen. Besonders unsere Frauen und Mütter sind herzlich dazu eingeladen, Näheres siehe im Inseratenteil.

(-) Die erste Lichtklemme auf weite Entfernung in Karlsruhe. Dem von Marau und Krielingens abends mit der Bahn kommenden bietet sich ein eigenartiges Bild. Schon von weitem sieht er in der Richtung Dorlaranden einen aufstrebenden und nach kurzer Zeit wieder verschwindenden Lichtreflex, bei dem man bei Näherkommen den Namen „Krausleuch“ herausbuchstabiert. In überaus sinnreicher Weise wurde hier die Beleuchtungsrichtung der Klemme nutzbar gemacht. Wohl ist diese Art Klemme in anderen Großstädten bekannt, indes hatte man auf eine Entfernung, wie sie hier in Frage kam, noch wenig Erfahrung gesammelt. Es bedurfte daher langer Vorbereitungen und Proben, ehe man die richtige Beleuchtungsart herausgefunden hatte. Die Buchstaben kommen nacheinander auf, bleiben stehen, bis das ganze Wort geschrieben ist, danach verschwindet dasselbe, um von Neuem aufzuspringen und nach kurzer Zeit wieder zu verschwinden. Hieran wiederholt sich der Vorgang. Es gemährt einen eigenartigen Anblick, wenn in der Dunkelheit das voll gefüllte Wort wie ein flammendes Band aufsteht. Den besten Eindruck hat der Zuschauer vom Ausgang Wäldchen her auf der Hofsleustraße; das aufkommende und verschwindende Wort begleitet ihn der Strahlenbahn entlang bis zum Rheinhofen. Die Lichtklemme brennt von abends 7 bis morgens 7 Uhr, die ganze Nacht hindurch. Nicht lange mehr und diese Lichtklemme auf weite Entfernung wird — wie in anderen Großstädten — auch über Karlsruhe nach verschiedenen Seiten hin ihren hellen Schein werfen.

Nichtigkeitsung. Im letzten Absatz des Artikels Vorschläge zur Ausgestaltung des Karlsruher Volksschulwesens in unserer Montag-Nummer ist von Berufstätigkeit die Rede. Es muß jedoch heßen „Berufstätigkeit“, was hiermit richtiggestellt sei.

Kaffee-Kamer. Der stetige Besuch der Mittwoch-Konzerte beweist, daß Kapellmeister Dösel bei der Auffstellung der Programme auf dem richtigen Weg ist. Auch am heutigen Abend kommt wieder ein künstlerisch hochstehendes Programm zum Vortag. (Siehe die Anzeige.)

Aus den Vororten

Darlaranden. Am Freitag, den 27. abends 8 Uhr, findet im Gaißhaus zur „Rinde“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. Gen. Landtagsabgeordneter Graf von Forstheim wird über die Reichspräsidentenwahl sprechen. Es ist Pflicht aller Wähler, insbesondere unserer Genossen, in diese Versammlung zu kommen.

Darlaranden. Das am vergangenen Sonntag in der Festhalle zu Darlaranden von der Vereinigung der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen e. B. ausgetragene bedürftiger Mitglieder dieser Organisation benachteiligte Wohltätigkeitskonzert hatte sich besonders aus Arbeiterkreisen eines guten Besuches zu erfreuen. Der erste Vorhänge Kamerad Klump gedachte in bereiten Worten dem in schwerer Zeit des deutschen Volkes an die verantwortliche Stelle des deutschen Reiches gestellten Reichspräsidenten Herrn Friedrich Ebert, der uns leider allzufrüh durch den Tod entrissen worden sei. Präsident Ebert war nicht nur ein treuer Sohn des Volkes, sondern ein echter Volksmann u. ein aufrichtiger Patriot. Eshand wurde lobend das Lob gesungen: „Ich hatt einen Kameraden wurde lobend das Lob gesungen: „Ich hatt einen Kameraden, einen besten Kameraden, den ich verloren hab.“ Fräulein Eise, Mitglied-Karlsruhe sprach lobend den tieferegreifenden Prolog: „Die heilige Allianz der Völker“ von Beranger. Während nun der Arbeiterfängerverein Darlaranden in musikalischer Beziehung von seinem großen Heben Zeugnis ablegte, blieb es dem weit bekannten Männerfängerverein der Röhmschindener „Junger und Ruch“ Karlsruhe vorbehalten, durch seine in stimmungsreicher Weise vorgetragenen Lieder, dem Konzert die richtige Weihe zu geben, die durch verschiedene erhabene und heitere Rezitationen von Fräulein Eise Rüdert noch gefördert wurde. Herzliche Dankesworte an die Mitwirkenden in die dankbarer Weise unentgeltlich ihr ganzes Können in den guten Dienst der armen Kriegesopfer gestellt, schloßen die das in jeder Beziehung harmonisch verlaufene Konzert.

Briefkasten der Redaktion

J. S. Durlach. Gegen das Gebahren der Kasse kann nichts eingewendet werden. Nebrigens sind Banken, deren Geschäftsbetrieb im Gegensatz zu denjenigen der Gemeindeparzellen ein bankmäßiger war, zur Aufwertung nicht verpflichtet. Auch bezüglich der Lebensversicherung läßt sich nichts anfangen. Verschiedene Verfassungen rechnen bei Weiterentwicklung einen kleinen Prozentsatz der bezahlten Prämien an.

Wohnungsnot. Hierüber besteht zurzeit gar nichts bestimmtes.

G. B. Bercin. Ja, dies ist zulässig.

G. M. 100. Wenn das Grundstück an der Straße liegt, muß die Umänderung etwas nach unten erfolgen, ebenso wenn ein Weiterbau errichtet wird, da dieser Schatten auf das Nachbargrundstück wirft. In allen anderen Fällen können Sie der Grenze nach eingehen.

Einer für Alle. Wir haben Ihre Beschwerden einem unserer Stadträte übergeben, der sie an geeigneter Stelle zur Sprache bringen wird.

S. in K. Wenn der Erbe, der das Haus empfangen hat, die Bedingungen, unter denen es ihm die Erblasse zugesprochen haben, nicht einhält, so müssen die anderen Erben gerichtliche Auseinandersetzung beantragen. Dasselbe trifft auch zu bezüglich der Erben, die von den Eltern schon einen Vorkauf erhalten haben. Eine Einigung ließe sich zwar dadurch erzielen, daß der Goldwert der erhaltenen Papiermark in Ansatz gebracht wird, sowie ein angemessener Prozentsatz von jenem Tage ab, bis zur Auseinandersetzung. Sollte Ihnen diese Auskunft nicht genügen, so wollen Sie sich persönlich an das Arbeiter-Sekretariat, Sophienstraße 74 hier, wenden. Ersuchen Sie täglich von 3 bis 6 Uhr, mit Ausnahme des Samstags.

Inserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der bekannten Zeitschrift „Stein der Weisen“ aus dem Verlage Deutscher. Der Inhalt ist sehr reichhaltig und bietet mit ihrem 14-jährigen Erscheinen, zum Preise von 30 Pfg. ins Haus geliefert, einen interessanten Stoff auf allen Wissensgebieten. Das besondere Arbeitsgebiet umfaßt Astronomie, Physik, Meteorologie, Chemie, Anthropologie, Kulturgeschichte, Geographie, Geologie, Mineralogie, Zoologie, Botanik, Medizin, Technik. Gesammelte Jahrgänge bilden eine Fundgrube des Wissens. Es dürfte sich daher ein Abonnement lohnen. Wisher sind 5 Hefte erschienen. Neue Abonnenten können Nachlieferungen der bisher erschienenen Hefte erhalten.

Karlsruher Polizeibericht vom 25. März

Unfall. Am 24. März abends gegen 7 Uhr wurde beim Nordellplatz ein 24 Jahre alter Hausburjch von einem Personentransportwagen angefahren, zu Boden geworfen und lebensgefährlich verletzt. Er wurde in bewußtlosen Zustand vom Autoführer selbst in das städtische Krankenhaus verbracht.

Zusammenstoß. Beim Einbiegen von der Stühmühl- in die Mollstrasse stieß gestern nachmittags ein Kraftwagen mit einem Seitenbahnwagen zusammen, wobei beide Wagen leicht beschädigt wurden. Der Kraftwagen wurde auf den Gehweg geschoben, wobei er einen kleinen Baum entwurzelte. Personen kamen nicht zu Schaden.

Festgenommen wurden: Ein Fuhrmann von Duisburg, der vom Amtsschreiber Duisburg wegen Betrugs gesucht wurde, ein Tagelöhner von Straßburg wegen unerlaubten Waffentragens, 3 Personen wegen Vergehens gegen die Wahlbestimmungen, ferner 23 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Walla

nach dem Berliner Geldkurs vom 24. März. In Auszahlung: Belgien 21.335 M per 100 belg. Fr. Holland 167.89 M per 100 holl. Gulden. Spanien 69.83 M per 100 Pes. Schweiz 80.88 M per 100 schw. Fr. Italien 17.06 M per 100 Lire. England 90.67 M per 1 Pfd. Stiel. Schweden 118.05 M per 100 Kronen. Frankreich 21.97 M per 100 franz. Fr. Oesterreich 59.13 M per 100 000 Kronen. Rumort 4.196 M per 1 Dollar. Slowakei 5.909 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte für Donnerstag, 26. März: Meist trüb, vereinzelt Nebereffläge, Temperatur wenig verändert.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 30, Gef. 2, Ropf 150, Ragau 319, Gef. 2, Mannheim 228, Gef. 7 Zentimeter.

Sagenschieß-Prozess

16. Verhandlungstag. Die Plaidiers. Vor am Dienstag in die Plaidiers im Sagenschießprozeß eingetreten wurde, hörte das Gericht nochmals die Sachverständigen Kuntel und Behorlam über einige von Hofner für das Sagenschießunternehmen gemachte Behauptungen und über die Preise dazu, worauf anschließend die Frau des Angeklagten Abtele über die Beziehungen ihres Mannes zu Hofner vernommen wurde. — Die Zeugin Frau Hedwig Abtele sagte unter anderem aus: gemeinlich habe Hofner mit ihrem Mann Geld geliehen, sie könne aber nicht mehr genau sagen, wann die betreffenden Beträge zurückbezahlt worden seien. Ihr Mann habe schon an Weihnachten 1919 den Wunsch geäußert, aus der Sichelungsbank auszutreten, weil ihr verbleibendes nicht mehr gepaßt habe. — Dann wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Staatsanwalt Dr. Geißler erhob zunächst das Wort und wies darauf hin, daß die dreiwöchige Beweisaufnahme kein erfreuliches Bild gezeigt habe. Er sei weit entfernt davon, die Schuld an dem Zusammenbruch des Sagenschießunternehmens den Angeklagten allein zuzuschreiben. Der Zeuge Hofner sei allein aus dem Zusammenbruch rein hervorgegangen. Unverständlich sei es, wie man einen Idealisten in der Person des Dr. Kampffmeyer zum Vorstehen des Aufsichtsrats der Sichelungs- und Sichelbank bestimmen konnte. Es ist ausserordentlich gewitzelt worden, ohne aber das amtliche Geld in Händen zu haben. Auch der Aufsichtsrat hat seine Pflicht nicht immer getan. Können sich die

Angeklagten darauf berufen, daß die an erster Stelle verantwortlichen Personen ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen seien? Diese Frage muß ich von vornherein verneinen. Ich sehe darin nicht einen strafmildernden, sondern einen strafverschärfenden Grund, denn wer seine Kenntnis dazu benützt, um eine geschäftsunerwandte Person auszunutzen, ist weit mehr strafbar als ein anderer.

Zu seinen folgenden Ausführungen ging nun der Staatsanwalt auf die einzelnen Anlagen ein. Was Abtele betrifft, so sei dieser nichts anderes als ein bezahlter Agent des Angeklagten Hofner gewesen, der von diesem Schmiergelder eingekauft habe. Der Staatsanwalt beleuchtete näher die einzelnen Anlagepunkte und betonte dabei, daß Hofner dem Abtele nicht ein Darlehen, wie es die Angeklagten hinstellen wollten, sondern Schmiergelder gegeben habe, jedoch eine feste Verpfändung vorzulegen. Auch bezüglich der Anlage wegen Verleitung zum Meineid müßte das Gericht zu einer Beurteilung Abteles kommen. Einen genauen Antrag über das Strafmaß werde er, der Staatsanwalt, noch stellen.

Bezüglich des Angeklagten Greiser beantragte der Staatsanwalt wegen Annahme von Verleumdungserklärungen eine Gefängnisstrafe von nicht unter 1 Jahr und für die Untrene 3 Monate Gefängnis. Es sei erwiesen, daß sich der Angeklagte Greiser nicht allein von Hofner, sondern auch von anderen Firmen habe Schmiergelder zahlen lassen.

Hinsichtlich des Angeklagten Württemberg hielt der Staatsanwalt seine Anlage nicht in vollem Umfang aufrecht. Es sei ein willkürliches Werkzeug in den Händen Hofners gewesen. Die Anlage wegen Verleitung müßte unbedingt aufrecht erhalten und es in diesem Falle verurteilt werden.

Was den Angeklagten Deter anbelange, so müsse der Staatsanwalt seine Anlage in vollem Umfang aufrecht erhalten. Deter habe seine Stellung beim Reichsbauernrat nicht mißbraucht und dem Angeklagten Hofner Mitteilungen gemacht, die er nicht machen durfte. Eine mehrmonatige Gefängnisstrafe sei notwendig.

In der um 4 Uhr wieder aufgenommenen Beratung lehnte Staatsanwalt Dr. Geißler sein Plaidoyer mit der Begründung der Anlage gegen Hofner fort. Er führte aus: Hofner habe durch Verleitung einzelner Angestellten der Sichelungsbank in ein Abhängigkeitsverhältnis zu ihm gebracht und habe seine Gelegenheit vorbeizugehen lassen, die Bank übers Ohr zu hauen. Sein Verhalten sei schamlos und gewissenlos gewesen, das schließlich zum Zusammenbruch der Sichelungsbank hätte führen müssen. Hier könne nur eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren in Frage kommen.

Sodann wandte sich der Staatsanwalt der Anlage gegen den Landtagsabgeordneten Wager zu, dem er erbliche Verletzung seiner Abgeordnetpflicht und Unschuldhaftigkeit vorwerfen müsse. Wager habe tatsächlich den veritaulich zu behaltenden Landtagsbericht seinem Freunde Hofner geschickt, in dessen Diensten er damals stand. Dr. Geißler hält die Anlage wegen Begünstigung im vollen Umfang aufrecht und beantragte mehrere Wochen Gefängnis für Wager.

Rechtsanwalt Dr. Richard Daas, der Verteidiger von Abtele, führte unter anderem aus: Es ist nicht richtig, daß auf dem Sagenschieß nichts geleistet worden sei. Als die Liquidation erfolgte, sei auf dem Sagenschieß schon eine außerordentliche Arbeit vollbracht worden. Die Anlage gegen Abtele hinsichtlich der Schmiergelder müßte aus dem Reineid weiß der Verteidiger als unbegründet zurück und plädiert auf Freisprechung des Angeklagten Abtele.

Schluß 1/8 Uhr. Fortsetzung der Verhandlung Mittwoch vormittags 8 Uhr.

Kleine badische Chronik

Reinheim. Ein großer Fall von Untrene ereignete sich bei der hiesigen Sammfabrik Puch u. Co. Wegen Untrene und

Diebstahls und wegen Hehlerei wurde die bei diesem Werk beschäftigten Werkmeister Rudw. Pochmann und der Stammmacher Johann Springmann von hier verhaftet. Springmann, der früher bei der Puchschöen Fabrik beschäftigt war, hatte sich selbst eine kleine Werkstatt eingerichtet, Pochmann, dem seine Stellung zum 1. April gekündigt war, beabsichtigte, sich mit Springmann geschäftlich zu vereinigen und benutzte noch die Gelegenheit, um Roh- und Betriebsmaterialien, Halbfabrikate und Fertigfabrikate zu seinem künftigen Kompanon zu schmuggeln. Die beiden hatten dann die Dreifaltigkeit, die gestohlene Ware zu offerieren. Die beiden Verhafteten stehen im Alter von 30 Jahren.

Gaufach. Ein schweres Unglück ereignete sich hier am Freitag abend. Als der Dorfbaner Florian Gutmann nach dem Städtchen fahren wollte und im Begriff war, aufzusteigen, verfehlte er den Tritt und wurde mehrere 100 Meter weit geschleift, sodas er eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist Gutmann seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Familie wurde schon vor drei Jahren durch Einäscherung ihres Hofes vom Schicksal schwer heimgesucht.

Stodach. In Rolfershausen wird seit 14. März der 26jährige Sohn der Witwe Greuter, Fabrikarbeiter Emil Greuter, vermisst. Er war in einer Fabrik in Sigen beschäftigt, in der vor 14 Tagen gestreift wurde. Greuter wollte sich am 10. März in Sigen erkundigen, ob die Arbeit wieder aufgenommen werde und ist seitdem spurlos verschwunden.

Seiligenberg Amt Pfaffenborn. Sonntag abend wurde der Wefter des Buchhofs namens Schäfer im Stalle tot aufgefunden. Während die einen aus der Tatsache, daß in der Nähe Patronenhüllen lagen, auf Nord schließen, wird von anderer Seite berichtet, daß Schäfer von einer Kuh so schwer an die Schläfe getreten wurde, daß er sofort tot war.

Landesstagsung des Badischen Einzelhandels. Vom 1. bis 3. Mai einschließlich wird in Freiburg die Landesstagsung des badischen Einzelhandels stattfinden, mit der in der ganzen ersten Maiwoche eine großzügige Ausstellung von Lebens- und Genussmitteln, sowie Haushalts- und Gebrauchsgegenständen in der Festhalle verbunden sein wird. Das Protektorat über die Veranstaltungen hat Oberbürgermeister Dr. Bender (Freiburg) übernommen. Es sind bis jetzt, sowohl zur Tagung wie auch für die Ausstellung zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Die vorbereitenden Arbeiten hat die Freiburger Ortsgruppe der Landeszentrale des badischen Einzelhandels in Verbindung mit dem Obela-Großhandel-Verlag übernommen.

Gaugeneraterversammlung des Deutschen Arbeiterfänger-Bundes, Gau Baden. Die bereits für 25. und 26. April angesagte Gaugeneraterversammlung wird wegen des in Aussicht stehenden zweiten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl verschoben. Nähere Mitteilung geht den Vereinen durch die Presse und Rundschreiben noch zu.

Der Gauvorstand. Markt und Handel. Konkurse und Geschäftsaufsicht. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Konstantin Verquet, alleiniger Rechtsnachfolger der Firma Mittelbadische Handelsgesellschaft Selinger u. Co. in Karlsruhe, wurde das Konkursverfahren eröffnet. — Ueber den Nachlaß des verstorbenen Holzhandlers Eduard Kleinbub ist in Badstach das Konkursverfahren eröffnet. — Auf Antrag des Dr. Frick in Sigen, Hofrat in Baden wurde die Geschäftsaufsicht über dessen Vermögen angeordnet.

DAMENHÜTE! Im Interesse einer sorgfältigen Ausführung, bitten wir unsere verehrte Kundschaft die Hüte zum Umnähen schon jetzt zu bringen. Die neuesten Modelle sind eingetroffen. 1420 Geschwister Gutmann Ecke Kaiser- und Waldstr. Beachten Sie unsere 14 Schaufenster.

Klischee's... Selbständige ältere Monteur Reinhold Marx... Baden-Baden, Stefanienstr. 27.

Bürgeranschuh-Verammlung. Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Verammlung auf Dienstag, den 31. März 1925, abends 8 Uhr, in den großen Rathsaal. Tagesordnung: 1. Erweiterung der elektrischen Anlagen des Badenwerts. 2. Strompreise. 3. Nachtrag zu Baudarlehen 1925. 4. Erhöhung des Anleihenkontos. Die Akten liegen von heute an während der Geschäftsstunden, sowie am Sonntag, den 29. März 1925, vormittags von 11-12 Uhr, in der Rathskammer zur Einsicht auf. Eittingen, den 24. März 1925. Der Bürgermeister.

Ettlinger Anzeigen. Einladung zur Reichspräsidentenwahl. Die Neuwahl des Reichspräsidenten ist durch Beschluß des Reichstags auf Sonntag, den 29. März 1925 festgesetzt worden. Die Wahlhandlung beginnt vormittags 9 Uhr und wird um 6 Uhr abends geschlossen. Durch Beschluß des Bezirksrats wurde die hiesige Stadt in 6 Wahlbezirke eingeteilt. Die Abgrenzung der Wahlbezirke, sowie die Wahllokale wurden wie folgt bestimmt: Zusammenfassung der Wahlbezirke nach Straßen. I. Wahlbezirk: Wahllokal: Schillerstraße 1. Stod, Zimmer Nr. 4. Bohnhof, Bulacherstraße, Bürgerweg, Eisenbahn, Garten, Gehrn, Göhring, Goethe, Karl Friedrich, Lohsbahn, Lorenz, Möhrcher, Möhren, Müblen, Kalltatter, Rheinstraße, Rohrdorferweg, Schillingsgasse, Scheinlofer, Schloßgarten, Zehntwiesen und Wertenstraße. II. Wahlbezirk: Wahllokal: Schillerstraße 1. Stod, Zimmer Nr. 5. Badenerstraße, Bruchgasse, Drachenrebenweg, Kerningstraße, Klottergasse, Leopoldstraße, Martialis, Martistrasse, Theobaldstr., Wilhelm- und Jungferstraße. III. Wahlbezirk: Wahllokal: Schillerstraße 1. Stod, Zimmer Nr. 6. Gärtenstraße, Dekaneigasse, Enten-

Inserer Delmühle geschlossen. Sägmehl kann bis auf weiteres ohne vorherige Bestellung abgeholt werden. — Preis M. 3.— je cbm. F. Renschler Söhne Säge-, Hobel- u. Spaltwerk, Holzhandlung Ettlingen i. B. Raffatter Anzeigen. Grundstücks-Versteigerung. Die Stadt Raffatt hat im Gehann Hofheld noch mehrere Mecker auf 3 Jahre zu verpachten. Liebhaber wollen sich auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 11 melden. Raffatt, den 20. März 1925. Der Oberbürgermeister.

Bei der heute stattgefundenen Wahl der Führer der freiwilligen Feuerwehr haben von 311 Wahlberechtigten 220 ihre Stimme abgegeben. Gewählt wurden folgende Herren für eine dreijährige Dienstperiode: a) als Hauptmann: Hag, Otto, Braunermeister, b) als Ersatzhauptmann: Pömann, Ernst, Wehrmeister, c) für die Spritze Nr. 1: Steiger, Jakob, Galtwirt, als Obmann, Ganz, Anton, Küstermeister, als 1. Erlahmann, Bühler, Georg, Schuhmachermeister, als 2. Erlahmann, d) für die Motorspritze: Greil, Karl, Wehrmeister, als Obmann, Rammann, Leopold, Kaufmann, als Erlahmann, e) für die Spritze Nr. 2: Greil, Heinrich, Küstermeister, als Obmann, Mayer, Josef, Kaufmann, als 1. Erlahmann, Wehlo, Hermann, Galtwirt, als 2. Erlahmann, f) für die Wasserabteilung: Otringer, Wilhelm, Küstermeister, als Obmann, Greil, Anton, Schmeidermeister, als 1. Erlahmann, Ruch, Karl, Küster, als 2. Erlahmann, g) für die Mannschaft Heiman: Koch, Franz, Schreiner, als Obmann, Weg, Heinrich, Zimmermann, als 1. Erlahmann, Eifensamer, Karl, Schlosser, als 2. Erlahmann, h) für die Wehrmannschaft: Walz, Friedrich, Wehrmeister, als Obmann, Kettler, Otto, Küstermeister, als 1. Erlahmann, Guth, Rudolf, Küstermeister, als 2. Erlahmann, i) für die Einwehmannschaft: Brunner, Ray, Galtwirt, als Obmann, Brunner, Franz, Kuchler, als 1. Erlahmann, Wagner, Willy, Reggermeister, als 2. Erlahmann, k) für die Hydrantenmannschaft: Hisinger, Emil, Küstermeister, als Obmann, Greil, Bernhard, Kaufmann, als 1. Erlahmann, Wager, Otto, Zehntwiesen, als 2. Erlahmann, l) für die Drehstuhlmannschaft: Oberst, Wilhelm, Justallateur, als Obmann, Stutz, Karl, Kaufmann, als Erlahmann, m) für die Wasserleiternmannschaft: Reisinger, Karl, Küstermeister, als Obmann, Ruch, Ernst, Küstermeister, als Erlahmann. Die Wahlakten liegen während 8 Tagen vom 24. März bis 31. an zur Einsicht der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 16 — auf, in welcher Zeit etwaige Einsprüche oder Beschwerden vorzubringen wären. 689 Raffatt, den 22. März 1925. Der Oberbürgermeister.

VOLKSBUHNE KARLSRUH Textbücher für alle Vorstellungen zu haben Volksbuchhandlung Adlerstrasse 48.

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe, Kaisersstrasse 50a

Stets grosse Auswahl
Damen- u. Kinderkonfektion

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe, Kaisersstrasse 50a

Drogerie Wilh. Tscherning
bekannt durch Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karistrasse
Telefon 519.

Kinder- und Damen-
sowie
Herren-Konfektion, Berufskleider
ferner
Manufakturwaren jeder Art
finden Sie in grösster Auswahl zu niedersten Preisen bei
Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt.

Die gute Arminia
3 Pfg. Zigarette
Haus Kallinich, Rastatt i. B.

ExcelsiorKünstlerspiele
Kaisersstrasse 26 / Telefon 977
Direktion: A. UNSER
*
Täglich 8.30 Uhr abends:
„Das Großstadt-Programm“

Gebrüder Kugel
Gegr. 1867
Rheinstrasse 63
Herren-Artikel, Kurz-, Weiss-, Woll-
waren, Wäsche-Fabrikation.

MUSIK APPARATE
preiswert
Besuchen Sie unser reich-
haltiges Lager.
Telefon 200

ODEON-HAUS
Kaisersstr. 170

MUSIK PLATTEN
erstklassig
Verlangen Sie unverbind-
liche Vorführung.

Wellpappenwerk G.m.b.H.
Bruchsal
Wellpappen in Rollen u. Bogen / Kartformagen

Kaufen Sie Futtermittel
für alle Vögelarten nur bei
Albert Schneider A.G., Karlsruhe-Mühlberg
Telefon 200



Wenn Sie Büromöbel kaufen

dann besichtigen Sie auch die
altbewährten

Stolzenberg-Fabrikate

Sie lernen dann Qualitätsmöbel kennen und
beurteilen und kaufen nichts was Sie
später reuen wird.

Weitere Spezialitäten:

Stolzenberg-Karteien,
Stolzenberg-Bliss-Ordner,
Stolzenberg-Bliss-Ordner
Steuermappe.

**FABRIK
STOLZENBERG**

Büroeinrichtungs-A.-G., Oos i. B.

Musterlager in:

KARLSRUHE, Waldhornstr.
FRIBURG i. B.,
Friedrichstrasse
MANNHEIM, E. 4. 1.

Herren-Hüte-Mützen
ADOLF LINDENLAUB
Kaisersstrasse 191
Karlsruhe

Hausfrauen sparen viel Geld
wenn solche den lang bewährten
„Bruchsaler Malzkaffee“
verwenden.
Schrag & Heinsheimer, Bruchsal.

Papiere aller Art, sämtl. Büro-Bedarfsartikel
Farbbänder, Kohlepapiere etc. liefert:
Krös & Botzenhard / Papier-Bürobedarf
Telefon 200 Westendstrasse 29, Hans Sachsstrasse 22
Neubaubrückgebäude.
Verlangen Sie Angebote!

Weingrosshandlung Franz Fischer & Co.
KARLSRUHE
Steinstrasse 29
Telefon 163
Kreuzstrasse 29
Beste und billigste Bezugsquelle für
deutsche und ausländische Weine
Generaldapot der Feist Sektkellerei A.-G. Frankfurt a. M.

Trinkt Franz-Bier
Telefon 4
RASTATT
Telefon 4

Moritz Veith Nachf.
Gegr. 1805
Telefon 200
KARLSRUHE
Möbel, Matrazenstoffe- und Teppiche-Großhandlung

P. M. Gräfinger
RASTATT
Manufakturwaren aller Art / Herren- u. Damenkleider-
stoffe / Ausstattungs-Artikel / Damen-, Kinder- u. Herren-
konfektion / Teppiche, Läufer, Linoleum / Damen-
und Herrenwäsche
Grosse Auswahl!
Billige Preise!

Foto-Handlung H. HUGEL
Schützenstrasse 12 / Telefon 2663



**Der Weise
weiss
wo er kauft**

**Trinkt
Milch!**

Milchverbrauch u. Volksgesundheit stehen in engem
Zusammenhang. — Tagesration nicht unter 1/2 Liter pro Kopf.

Karlsruher Milchversorgung G.m.b.H.

